

58. Jahrgang

1-2025

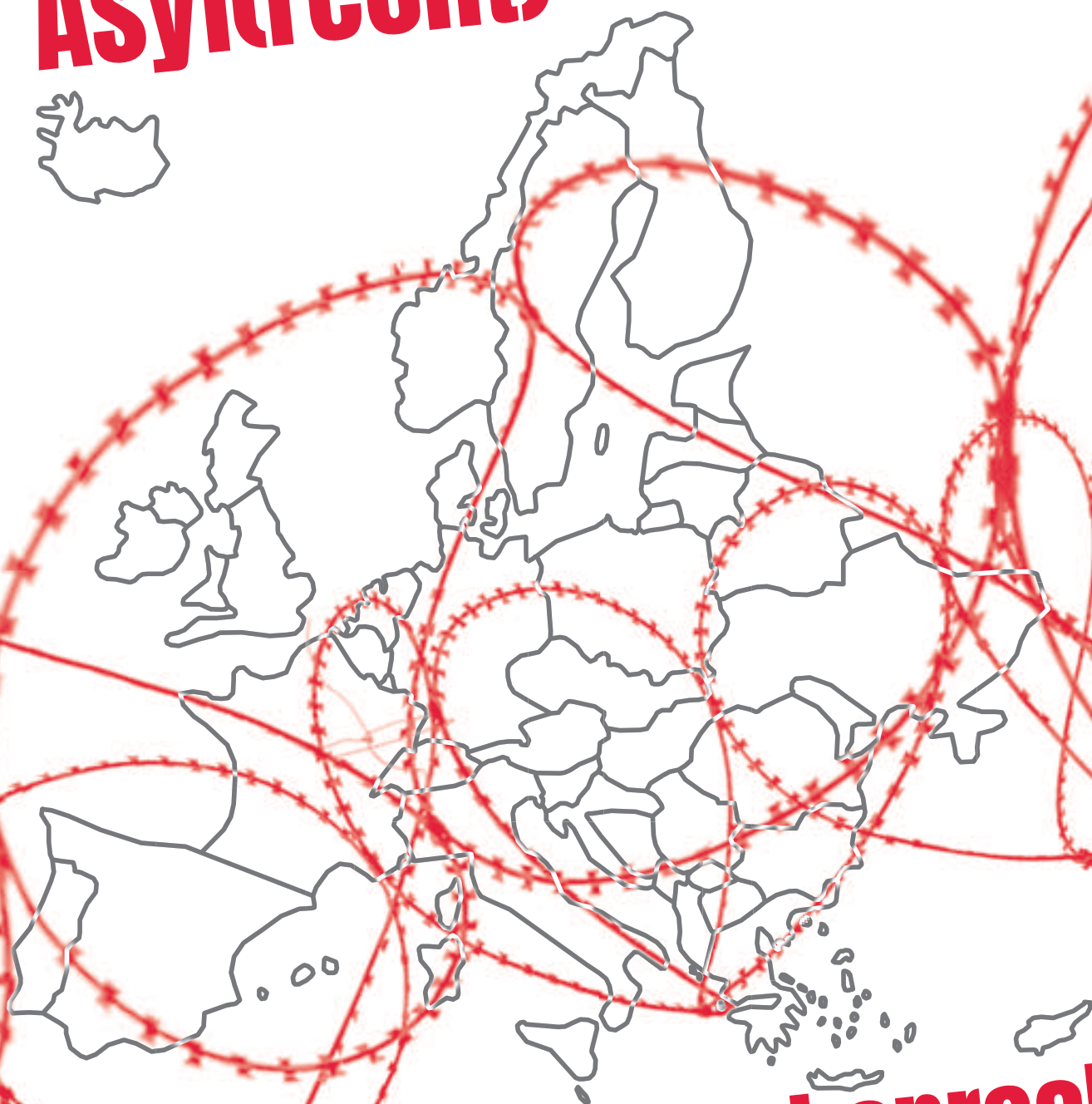
€ 5,00

Flucht -
Festung Europa

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet

Asyl(recht)



IST Menschenrecht

Inhalt

Kolumnen

- 3** *Hermann Schulz*
Wolf Erlbruch – Die Entdeckung eines Genies
- 4** *Hans Hubbertz*
Die Brandmauer ist aus Pappe.

SCHWERPUNKT:

Flucht – Festung Europa

- 5** *Elias L. Bala*
Die wahre „Belastungsgrenze“?
Ein kaputtes Bildungssystem
- 6** *Dietrich Eckeberg*
Die Stimmung ist gekippt!
- 7** *Ludger Ernsting*
Flüchtlings-Solidarität:
Meine Erfahrungen, Gründe für Hoffnungen
- 8** *Benedikt Kern*
Das Kirchenasyl zwischen Repression,
Einhegung und Subversion
- 9** *Thomas Lieberum*
Wir werden weiter Kirchenasyl gewähren.
- 10** *Gabriele von Wahlert*
Frauen und Mädchen auf der Flucht
- 11** *Sophie Scheytt*
Seenotrettung auf dem Mittelmeer –
 Asylpolitische Analyse der Wahlprogramme
- 12** *Ramona Rischke*
„Wir werden nicht überrannt.“
- 13** *Alexandra Gehrhardt*
Betreuung durch Rüstungskonzern?
- 14** *Benedikt Kern / Julia Lis*
Das Lager als Gesetz der modernen Demokratie
- 15** *Bündnis Abschiebegefängnis verhindern*
Neues Abschiebegefängnis in Mönchengladbach

16 *David Schütz*
Gegen das Unrecht an den Fremden in der ZUE
 Prophetische Rede des Amos angesichts
 der Ohnmacht der Zivilgesellschaft

17 *Beatrix Ries*
Meloni & Co externalisieren die Grenzen –
wir transnationalisieren den Widerstand

18 *Benedikt Kern / Joke Jesinghaus*
Bulgarien: Die organisierte Perspektivlosigkeit
für Geflüchtete

19 *Jürgen Klute*
Die Migrationspolitik der EU als Spiegel der
 politischen Entwicklungen in ihren Mitgliedsstaaten

20 *Manfred Michael Schwirske*
Überlegungen zum asylpolitischen
Paradigmenwechsel der EU

Menschenorte 63

21 *Rolf Euler*
im Skulpturengarten von Judith Hupel
bei Blumenthal 7

1wurf

22 *Warsito Ellwein*
Demokratisierung Indonesiens
und die globale Mittelklasse

Palästina

23 *Dr. Abdullah Ma'ruf – 08.02.2025*
Die Annexion des Westjordanlands beginnt jetzt:
 Israels Gesetz gegen die palästinensische Souveränität

Impressum ...	Seite 3
Abo-Bestellschein ...	Seite 21
Lesetipps ...	Seiten 7, 15, 16, 20
Anzeige KultuRRevolution ...	Seite 16
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Editorial

Die BT-Wahl mitten in der Schlussredaktion des **AMOS** erschüttert sowohl mit ihrer Vorgeschichte der Zusammenarbeit zwischen CDU und AfD in der Flüchtlingsfrage – unser Thema – als auch mit dem Ergebnis von 20 Prozent für die AfD und mit der Aussicht auf massiven Rechtsruck.

„Mehr Sicherheit für Deutschland“, so die Überschrift einer Veröffentlichung der Bundesregierung Ende Oktober 2024 zum neuen „Sicherheitspaket“. Das Gesetz zur „Verbesserung“ der inneren Sicherheit und des Asylsystems sei nun in Kraft getreten. Aus dem Katalog der Ungeheuerlichkeiten:

- Nutzung von biometrischen Daten um die Identität von Schutzsuchenden festzustellen...
- Schutzsuchende, für die laut Dublin-Regelung ein anderer europäischer Staat zuständig ist, sollen künftig keine Sozialleistungen mehr erhalten...
- Bei Reisen ins Herkunftsland, die nicht „nicht sittlich zwingend“ geboten sind, erfolgt die Aberkennung des Schutzstatus...
- Hinzu kommen Binnengrenzkontrollen an allen deutschen Landesgrenzen.

Nancy Faeser: „Wir stärken durch konkretes Handeln die innere Sicherheit und setzen unseren harten Kurs gegen irreguläre Migration fort.“ Ein Vorgeschmack auf zu erwartende Koalitionsabreden zwischen CDU und SPD!

Unabhängig vom Rechtsruck ist **AMOS** solidarisch: Wir dürfen Flüchtlinge unterwegs nicht zugrunde gehen lassen! Wir

müssen Geflüchtete schützen! Wir wollen Europa – weltoffen, nicht als Festung! Kirchenasyl muss verteidigt werden!

Und die AfD dröhnt „Remigration!“ – nicht mehr nur Abschottung wäre angesagt, sondern „Rauswurf“.

All das löst eine breite Verunsicherung aus nicht nur bei den MigrantInnen selber, sondern auch Zorn bei uns allen. Die großen Demonstrationen zeigten das. Unsere AutorInnen schreiben darüber.

Wir kennen die erfolgreiche Integration von MigrantInnen hierzulande. Das Problem sind nicht die Eingewanderten. Das Problem ist die Klassen-Gesellschaft mit ihren immer deutlicheren Krisen. Wo Infrastruktur auf Verschleiß gefahren wird. Wo Schulklassen doppelt so groß sind wie es sich gehört. Wo Menschen medial verblödet werden. Wo Breiten-Sport, Breiten-Bildung und Breiten-Kultur eingespart werden. Wo die Reichen geschützt werden und bei Armen gekürzt wird. Friedrich Merz ist der „Hauptgewinn“ für die Finanzkonzerne, als deren Lobbyist er jahrelang hauptberuflich tätig war.

Dieser **AMOS** kommt zum richtigen Zeitpunkt und wir hoffen auf eine rege Debatte für unsere weitere Arbeit.

„Trotz alledem“ – solidarisch mit Frühlinggrüßen! **AMOS**



Bei Überweisungen bitte beachten:

- ABO-Zahlungen auf Konto AMOS
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
- Mitgliedsbeiträge und Spenden für AMOS e.V. an
 IBAN: DE39 3506 0190 2110 1370 12

Hermann Schulz

Wolf Erlbruch

Die Entdeckung eines Genies

Es gab eine Anregung von einem seiner Freunde, wahrscheinlich war es Max Christian Graeff, Wolf wäre vermutlich geeignet, eine Geschichte zu illustrieren, es würde ja nicht schaden, ihn einmal anzusprechen! Nun hatte ich, was Graeff wusste, eine schön-nachdenkliche Geschichte, auch geeignet für Kinder, des afrikanischen Autors James Aggrey aus Ghana, für die ich einen Illustrator suchte. Ich hatte schon einige Versuche bei der Werkkunstschule unternommen, aber die Ergebnisse mochten weder mich noch meine Mitarbeiter im Verlag zu überzeugen. Ich zeigte dem mir bis dahin unbekanntem Wolf Erlbruch den Text, er war sogleich bereit, sich damit zu befassen, versprechen könnte er nichts! Daraus wurde nicht nur das Kinderbuch „Vom Adler, der nicht fliegen wollte“, sondern es war der Anfang einer sehr langen und fruchtbaren Zusammenarbeit.

Mit dem Ergebnis „Vom Adler...“ war Wolf, wie ich mich erinnere, nicht recht zufrieden, aber es war ein Start! Es folgten fast in jedem Jahr neue Erlbruch-Titel bis hin zu „Die Werkstatt der Schmetterlinge“ mit einem Text von Gioconda Belli. Danach, während einer Frankfurter Buchmesse, saß ich mit Gioconda auf einer Bank. Sie hatte wunderbare Gedichtbände in unserem Verlag herausgebracht, da kam ihr Geständnis: „Hermann, das mit den Gedichten ist ja schön und gut, aber ich muss Geld verdienen!“ Ich entgegnete, sie hätte doch einen wohlhabenden Mann. Sie setzte lakonisch dagegen, sein Geld hätte sie schon ausgegeben! Dann lachte sie, wie nur Gioconda lachen konnte. Es war der Beginn, dass Gioconda Geschichten schrieb, und zwar ziemlich erfolgreiche!

Bei einem Arbeitstreffen in der Nähe des Hühnerstalls, den Wolf für seinen Sohn Leonard angelegt hatte, umarmte mich Wolf spontan: „Mit Dir möchte ich mein ganzes Leben Bücher machen!“

Wolf besaß ein Ferienhaus in den Niederlanden. Irgendwann waren wir unterwegs, weil ich in seinem Ferienhaus fertige Zeichnungen für den neuen Kalender abholen wollte. In einer ländlichen Gegend kamen wir an einer Weide vorbei, wo Niederländische und Belgische Kaltblutpferde grasten. Ich fragte Wolf, ob wir einen Moment bei den Pferden anhalten könnten. Er: „Findest Du sie auch so großartig?“ Dann standen wir mindestens eine halbe Stunde bewundernd bei diesen wunderbaren Pferden!

Ich kannte diese Kaltblüter vom Niederrhein, wo sie mit zweirädrigen Karren den Bergleuten ihre Deputatkohle lieferten. Für Bauer Fritz Sahmann aus unserer Nachbarschaft hatte ich häufig an seiner Stelle Kohle ausgefahren und damit gutes Geld verdient. In meinem Wohnzimmer hängt an der Wand ein Erlbruch-Original, es trägt den Schriftzug „Kleines Kaltblut für Hermann“.

Wolf illustrierte auch meinen ersten Roman „Auf dem Strom“ und schenkte mir drei Originalzeichnungen. Als ich Wolf an einem Abend, es war Samstag, in einem Restaurant in Elberfeld traf und ihn fragte, wie weit er mit unserem Buch

gekommen wäre, denn die von der Druckerei vorgegebene Zeit war längst überschritten, antwortete er: „Ich gehe gleich nach Hause und arbeite daran.“ Da hatte er noch nicht einmal mit der Arbeit begonnen, sondern nur unbrauchbare Versuche zu Papier gebracht! Am Montag früh rief er mich an, ob ich mir seine Arbeiten mal ansehen wollte. Natürlich wollte ich! Wolf hatte an einem Wochenende in einem wahren Arbeitsrausch den kompletten Satz von achtzehn Blättern fertiggestellt.



Der Peter Hammer Verlag blieb sein Verlag, vor allem später für die Skizzenbücher, auch wenn er ab und zu mit einigen Titeln „fremdging“. Er war einfach verführbar, was bei Künstlern nicht selten ist. Er starb im Dezember 2023, aufgrund seiner Krankheit erkannte er da schon niemanden mehr.

Seine schöne Erfindung „Kinderzimmer-Kalender“ wird jetzt von seinem Sohn Leonard fortgeführt.

Seine schöne Erfindung „Kinderzimmer-Kalender“ wird jetzt von seinem Sohn Leonard fortgeführt.

Hermann Schulz schreibt seit Ende der 1970er regelmäßig in AMOS, seit 2001 jeweils seine Kolumne auf Seite drei.

Impressum

Herausgeber:

AMOS e.V. c/o Rolf Euler
Cäcilienhöhe 32
45657 Recklinghausen
E-Mail: amos-ev@web.de

Redaktionsadresse:

AMOS c/o Hartmut Dreier
Schumannstr.6, 45772 Marl
Tel: 02365-42076
E-Mail: dreier.marl@freenet.de

Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Konto: AMOS IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20 | BIC: WELADED1BOC

ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Robert Bosshard, Oberhausen | Robina Cronauer, Herten | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Stefan Hochstadt, Essen | Hans Hubbertz, Recklinghausen | Ute Hüttmann, Marl | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Bochum | Marion Lillig, Recklinghausen | Axel Lippek, Bochum | Ute Mark, Herne | Rebekka Scheler, Bochum | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Strege, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Hartmut Dreier, Marion Lillig

Endredaktion/Layout: Axel Lippek **Titelbilder 1983–2019:** Manfred Walz

Druck: Halterner Druckerei GmbH **AMOS Schriftzug:** Jochen Stankowski

www.halternerdruckerei.de **Einzelpreis:** 5,00 €

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier **Abo-Preis:** 20,00 € jährlich inkl. Versand

AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „iley.de“ (Leipzig).

Hans Hubbertz

Die Brandmauer ist aus Pappe.

Bisweilen stellt Trennendes eine Verbindung dar, so auch die Rede von der Brandmauer: Durch die Einbringung ihres Entschließungsantrags zum „Zustrombegrenzungs-gesetz“ seitens ihres Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten, Friedrich Merz, zog die CDU in der Flüchtlingsdebatte unverkennbar mit der Propaganda der AfD gleich und reproduzierte deren ausländerfeindliche Narrative. In seinem stimmungs-angehenden Ton blies Merz im Einklang in das Weidel'sche Horn, das alle Asylbewerber mit kriminalisierendem Vorzeichen unter Generalverdacht setzt:

„Aber ist das Ihr Ernst, dass wir angesichts der Anschläge in Magdeburg, in Aschaffenburg, der täglich stattfindenden Gruppenvergewaltigungen aus dem Milieu der Asylbewerber heraus, ist das Ihr Ernst, dass sich mittlerweile Elterngruppen zusammenfinden in ganz Deutschland von Kindern, die von Asylbewerbern Opfer geworden sind von schwersten Straftaten, ist das Ihr Ernst, dass wir heute in der Mitte des Bundestages nicht entscheiden können? Das kann nicht Ihr Ernst sein.“ (31.01.2025 im Deutschen Bundestag, <https://t.ly/86SnJ>).

Bereits am 16. Mai 2018 hatte die AfD-Vorsitzende Alice Weidel ihrer ressentimentgetriebenen Hatz im Bundestag freien Lauf gelassen und zum generellen Angriff auf alles ‚Unnütze‘ und ‚Fremde‘ geblasen: „Burkas, Kopftuchmädchen, alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.“ Die ungebremsste Hasstrade voller Fremdenfeindlichkeit verkoppelte sich mit einem unverhohlenen Vernutzungsinteresse; im Klartext: „Fremde“ sind nur als Wohlstandsmehrer im Rahmen von Lohnarbeit willkommen.

Neuerdings gehört es für die CDU im Bundestag dazu, hinsichtlich des Endresultats durchaus gemeinsame Sache mit der AfD machen zu können. Gleichzeitig wird die Rede von der Brandmauer aufrechterhalten. Diese scheint jedoch aus Pappe zu sein.

Mit der Zustimmung in der Sache, die Zuwanderung sei das wichtigste Problem in Deutschland, entpuppte sich das Gerede von der Brandmauer als rein wahltaktisches Gehabe. Indem sie sich deren Positionen in der Sache zu eigen und diese damit für breite Wählerkreise zustimmungsfähig machte, bis in die Lager von SPD, FDP und BSW, formiert sich die CDU selbst zum Erfüllungsgehilfen der AfD, alles unter dem Vorzeichen einer Gleichgültigkeit gegenüber Zustimmungsalianzen. Dabei ist der springende Punkt, dass man in der Sache der Flüchtlingspolitik durchaus einer Meinung mit dem politischen Kontrahenten ist; da gibt es keine Brandmauer, im Gegenteil.

Trotz aller nachgeschobenen Abgrenzungsformulierungen gegenüber der AfD im Entschließungsantrag schien Merz seltsam einfältig vom Resultat seines Manövers verblüfft, als die AfD-Abgeordneten den gelungenen Coup mit feixenden Selfies im Bundestag feierten: „Das bedeutet das Ende der

rot-grünen Dominanz auch hier in Deutschland für immer. Jetzt und hier beginnt eine neue Epoche und das führen wir an!“, tönte siegesgewiss Bernd Baumann, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion, im Bundestag.

Wenn nach den erschreckenden Gewalttaten die Asylpolitik in den Vordergrund des Wahlkampfes gestellt wird, spielt in der Überhitzung der Debatte eine genauere Betrachtung der Mordtaten gar keine Rolle mehr. Nicht die ursächlich gravierenden psychischen Störungen der Täter standen im Vordergrund des Interesses. Stattdessen wurden die Kriterien „Migrant“ und „illegal“ herangezogen, um die berechtigte Wut und Aufregung über die Mordtaten in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken. Ob und inwieweit das eine mit dem anderen ursächlich zu tun hat, stand nicht zur Debatte.

Ein kühler Blick auf die Polizeistatistik führt jedoch vor Augen, dass die hitzig festgestellte allgemeine Bedrohungslage von der Empirie der kriminalistischen Erfassung von Straftaten nicht gedeckt wird. Der Anteil der polizeilich erfassten Mordopfer in Deutschland im Jahr 2023 (299) ist seit dem Jahr 2000 (497) um 40 Prozent gesunken. (<https://t.ly/msJzf>)

Die „große Gereiztheit“ (Bernhard Pörksen), in die sich die Gesellschaft gebracht hat, ist vor allem ein Medienprodukt, nicht nur durch sog. Soziale Medien, sondern ebenso durch TV-Sender und Zeitungen:

„Nie zuvor wurden in der Langzeitanalyse so viele Beiträge über Gewaltdelikte in Deutschland erfasst wie 2023. Häufig geht es um Messerangriffe – insbesondere, wenn die Tatverdächtigen ausländische Männer sind. Dabei zeichnen die reichweitenstärksten Fernsehsender und großen überregionalen Tageszeitungen ein Bild, das von der polizeilichen Kriminalstatistik stark abweicht. (...) In der Polizeilichen Kriminalstatistik wird jede Straftat erfasst, soweit sie der Polizei bekannt wird. Redaktionen müssen eine Auswahl treffen, wovon sie berichten. Da vor allem privatwirtschaftliche Medien unter hohem Auflagen- und Quotendruck stehen, richten sie sich auch nach dem – vermuteten – Publikumsinteresse. Eine Berichterstattung allerdings, die sich für Tatverdächtige vor allem dann interessiert, wenn sie keinen deutschen Pass haben, und in Deutschland lebende Menschen ausländischer Herkunft pauschal als Risikofaktoren beschreibt, schürt irrationale Ängste.“ (,Wie Medien über Messerangriffe berichten: Eine Expertise von Prof. Dr. Thomas Hestermann‘. Hamburg, 2023, <https://t.ly/sOtRU>)

Um im Handlungsfeld der Asylpolitik wahlentscheidende Mehrheiten hinter sich bringen zu können, diene die selbst produzierte Blickverengung dazu, bei der Wählerschaft bewusst Ängste zu schüren und forcierte Sicherheitsbedürfnisse zu triggern. Koste es, was es wolle. Der Zweck sollte die Mittel heiligen.

Elias L. Bala

Die wahre „Belastungsgrenze“? Ein kaputtes Bildungssystem

Friedrich Merz und Sahra Wagenknecht scheinen Probleme zu haben, einen Zahnarzttermin zu bekommen. Und sie machen wieder einmal Geflüchtete dafür verantwortlich.

Einen Sündenbock zu suchen, um reale Probleme (ärztliche Versorgung) anzusprechen, aber von den Ursachen (fehlende Ressourcen, Zweiklassenmedizin) zu schweigen oder abzulenken, ist ein altes Muster. Neu daran ist nicht, dass diese rassistische Methode nicht nur von der extremen Rechten genutzt wird und auch in die Rhetorik führender Politiker*innen einfließt, sondern die Schamlosigkeit, mit der dies geschieht und so Positionen normalisiert werden, die erheblichen Schaden anrichten. Dies zeigen die jüngsten Debatten. Die Sprache verroht und ist geprägt von direkter Ausgrenzung migrantisierter Menschen. Als Landeschüler*innenvertretung NRW (LSV NRW) verweigern wir uns diesem allgemeinen Rechtsruck. Denn wir stehen an der Seite aller Schüler*innen.

Die aktuelle Asylpolitik steht im krassen Widerspruch zu den Erfahrungen, die wir seit langem an den Schulen in Nordrhein-Westfalen machen. Während Politiker*innen von „Belastungsgrenzen“ sprechen, erleben wir die Bereicherung durch Vielfalt. Während sie von „Integrationsunwilligkeit“ reden, sehen wir das unermüdliche Engagement unserer neuen Mitschüler*innen beim Spracherwerb. Die Realität in unseren Klassenzimmern zeichnet ein ganz anderes Bild als die politische Rhetorik.

Helmut Peters (<https://www.trio-lit-im-vest.de>)

Der Krieg entsteht im Kopf,
der Frieden im Herzen.

Festungen
sind kein Garant
für Lösungen!

mit ihrer aggressiven Rhetorik versuchen, die Schüler*innen gegeneinander auszuspielen und so für viele der Probleme an den Schulen sorgen. Und ja, es gibt immer wieder Probleme und Konflikte bei der Integration an den Schulen. Diese werden aber nicht durch rassistische Handlungen und Äußerungen gelöst und sind auch kein Gegenargument dafür, Menschen nicht zu helfen.

Schüler*innen werden teilweise aus dem Klassenzimmer abgeschoben. Das ist inakzeptabel – nicht nur die Abschiebung selbst. Sondern auch die Auswirkungen, die es für die Mitschüler*innen hat, wenn ein*e andere*r Schüler*in brutal aus der Klassengemeinschaft gerissen wird. Wir halten diese Praktiken für grundfalsch. Doch sie sind symptomatisch für ein Bildungssystem, das Integration mehr verhindert als fördert.

Eine Schule für alle wäre der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Doch statt die notwendigen pragmatischen

Reformen anzugehen, erleben wir eine systematische Unterfinanzierung des Bildungssystems. Die Folgen sind dramatisch: überlastete Lehrkräfte, mangelnde Sprachförderung und eine fortschreitende Bildungsbenachteiligung von Schüler*innen mit Migrationshintergrund.

In Zahlen ausgedrückt: 43% der Kinder von Eltern ohne Migrationshintergrund besuchen das Gymnasium, aber nur 16,1% der Kinder, die in erster Generation in Deutschland leben (PISA 2018). Eine Schule für alle mit einer starken Förderung aller Schüler*innen wäre hier ein Teil der Lösung. Auch wenn klar ist, dass sich die Integration in den letzten Jahrzehnten eigentlich verbessert hat, wird sie jetzt wieder angegriffen und zurückgefahren.

Ich sehe jeden neuen Schüler und jede neue Schülerin als Bereicherung für unsere Gesellschaft. Doch der überwiegende Teil der politischen Klasse knickt vor den rassistischen Parolen der AfD ein und setzt deren Forderungen mal mehr mal weniger radikal um. Indem sie die Migration als drängendstes Thema akzeptieren und keine Alternativen setzen, stärken sie die extreme Rechte. Dabei trifft der Rechtsruck nicht nur migrantisierte Menschen, nein, auch der Klassismus im Bildungssystem verschärft sich zunehmend.

Deshalb sind unsere Forderungen klar:

- **Erstens:** Wir brauchen eine sofortige Aufstockung der Mittel für Sprachförderung und Integration. Die derzeitige Unterfinanzierung ist nicht nur kurzfristig, sondern auch volkswirtschaftlich unsinnig. Sprachförderung ist zudem die Voraussetzung für das Leben in einer demokratischen Gesellschaft. Zugleich sind die Akzeptanz und Förderung von Mehrsprachigkeit Teil von Bildung und Integration.
- **Zweitens:** Das individuelle Recht auf Asyl muss zurück! Wir brauchen eine menschliche Asylpolitik.
- **Drittens:** Wir fordern die konsequente Umsetzung inklusiver Bildungskonzepte. Die rassistische Zuweisung zu bestimmten Schulformen aufgrund der Herkunft muss der Vergangenheit angehören. Darüber hinaus muss der Weg zu einer Schule für alle jetzt angegangen werden.
- **Viertens:** Schule ist der Ort, an dem die Schüler*innen nach ihren Fähigkeiten gefördert werden müssen. Deshalb braucht es eine pädagogische Begleitung, die die Entwicklung aller Schüler*innen unterstützt.

Wir stehen mit der LSV NRW für eine Bildungspolitik, die Integration nicht als Belastung für die Gesellschaft, sondern als Bereicherung für uns alle sieht. Wir werden die Menschenrechte und unsere Menschlichkeit niemals dem rechten Zeitgeist opfern und stehen an der Seite derer, die sich für eine offene Gesellschaft und gegen Faschismus und Rechtsruck einsetzen.

*Elias L. Bala besucht die gymnasiale Oberstufe in Bochum und ist seit 2024 Mitglied im Landesvorstand der Landeschüler*innenvertretung NRW. Seine hier abgedruckte Rede hielt er bei der Versammlung des Flüchtlingsrates NRW am 18. Januar in Bochum.*

Dietrich Eckeberg

Die Stimmung ist gekippt!

Marcel Fratzscher, der renommierte Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), resümiert am 4. Oktober in Zeit online:

„Alle demokratischen Parteien, die Bundesregierung und auch die Union, tragen die Hauptverantwortung, mit dem Dambruch in der Migrationspolitik und mit ihrer Unfähigkeit gemeinsam wichtige Reformen vorzunehmen, Deutschland zukunftsfähig zu machen. Anstelle sich gegen den Populismus und gegen die Ausgrenzung von verletzlichen Gruppen zu stemmen und diese zu schützen – von Geflüchteten, über Minderheiten bis hin zu Bürgergeldbeziehenden –, instrumentalisieren sie diese für politische Zwecke. Damit dürfte sich die von der AfD geforderte ‚Remigration‘ weiter verstärken.“

Wir sind entsetzt, wie Geflüchtete nach den furchtbaren Morden beim Stadtfest in Solingen rassistisch zu Sündenböcken gemacht werden – und wie sich dies auch auf zugewanderte Menschen auswirkt. Wir sind wütend, wie durch fast alle demokratischen Parteien gegen Schutzsuchende geradezu ein Überbietungswettbewerb der Abschottung und Abschiebung betrieben wird!

Der Bund und auch NRW wollen rechts- und verfassungswidrig Dublin-Geflüchteten die Sozialleistungen streichen! Es drohen Hunger und Obdachlosigkeit.

Der Bund führt Grenzkontrollen und Zurückweisungen an allen seinen Außengrenzen durch. Deutschland gefährdet damit die Freizügigkeit und den Zusammenhalt in der EU.

Bund und Länder werden Geflüchtete mit einer Bezahlkarte entrechteten und drangsalieren – auch in NRW. Zum Glück sieht das Sozialamt Münster keinen Bedarf für die Einführung einer Bezahlkarte – die Kommunalpolitik hoffentlich auch nicht!

Und – speziell zu Nordrhein-Westfalen:

Was hat in NRW die neu beschlossene Maßnahme der völkerrechtswidrigen Abschiebung von Straftätern mit syrischer und afghanischer Staatsangehörigkeit mit dem fürchterlichen Terroranschlag von Solingen zu tun?

Was hat in NRW die unbefristete Wohnverpflichtung in Landesunterkünften für Asylsuchende aus sicher erklärten Herkunftsländern mit dem fürchterlichen Terroranschlag von Solingen zu tun?

Was hat in NRW die Planung einer weiteren Abschiebehaftanstalt in Düsseldorf mit dem fürchterlichen Terroranschlag von Solingen zu tun?

Die Antwort ist einfach: NICHTS, einfach gar Nichts.

Abschottung, Zurückweisung, Entrechtung, Entmenschlichung, Verdrängung und Vertreibung sind Ziele dieser unmenschlichen rechtspopulistischen Flüchtlingsabwehr. Verkleidet wird sie in rechte Narrative wie den Kampfbegriff von der „irregulären Migration“ oder den Begriff des „Rückkehrmanagements“. Schutzsuchende werden illegalisiert.

Tatsächlich ist die Zahl der neu ankommenden Flüchtlinge um 20% gesunken. Aber Fakten zählen nicht mehr. Nein – Gefühle zählen und werden medial in Nachrichten und Talkshows verstärkt. Es geht um ein behauptetes Gefühl der Überforderung, das Politiker und Medienschaffende seit langem schüren. Herr Merz verneint öffentlich wider besseren Wissens sogar die Handlungsfähigkeit des Staates, spricht demokratiegefährdend von einem Notstand.

Die Rechtspopulisten und die Rechtsextremisten der AfD könnten es nicht besser!

Neun Monate nach den ermutigenden Massendemonstrationen gegen die unsäglichen Forderungen der AfD nach einer „Remigration“ sehen wir uns einer flüchtlingsfeindlichen Vertreibung gegenüber.

Die GGUA in Münster stellt fest: Das medial und politisch in Bund und Land erzeugte vergiftete Klima hat inzwischen erhebliche Auswirkungen auf die unter uns lebenden Schutzsuchenden wie auf andere Zugewanderte. Angesichts der grassierenden Hetze fühlen sich viele Schutzsuchende und Zugewanderte in Deutschland schlicht nicht mehr sicher, geschweige denn wohl.

Es ist ungemütlich geworden. Der Rassismus wirkt, wir müssen Flagge zeigen! Allen, die sich an dieser menschenverachtenden, rassistischen Eskalationsspirale beteiligen, rufe ich zu:

Wir werden das nicht hinnehmen!

Wir werden weiter solidarisch sein und für sichere und legale Fluchtwege und Bleibeperspektiven kämpfen!

Wir stehen ein für Grund- und Menschenrechte, werden uns in Staat und als Zivilgesellschaft weiter für deren Durchsetzung einsetzen!

Wir fordern von NRW, in 2025 nicht wie geplant die Finanzierung der Asylverfahrensberatung aus Landesmitteln bei den Landeslagern zu beenden!

Wir sind froh, dass parallel zu dieser Eskalationsspirale so viele nichtstaatliche und staatliche Stellen Geflüchteten und Eingewanderten weiter aktiv zur Seite stehen. Unsere Demokratie muss zusammenhalten und wehrhaft bleiben, gegen Islamisten, Rechtsextreme und Rassisten entschieden vorgehen. Der Zusammenhalt und die Gestaltung unserer von Vielfalt bereicherten Gesellschaft muss weiter gestärkt werden.

Wir werden weiter für eine weltoffene, antirassistische Gesellschaft arbeiten und kämpfen.

Dietrich Eckeberg, Aufsichtsrat der Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA). Auszug aus seiner Rede auf der Demonstration „Rassismus bekämpfen – Die offene Gesellschaft verteidigen“ in Münster am 26.10.2024

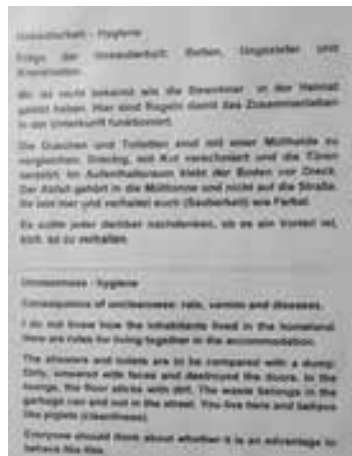


Ludger Ernsting

Flüchtlings-Solidarität: meine Erfahrungen, Gründe für Hoffnungen

Aus folgenden Gründen und mit folgender Hoffnung bin ich solidarisch – mit vielen anderen gemeinsam – mit geflüchteten Mitmenschen unterwegs:

1. Es gibt Werte, die mir als Mensch wertvoll sind und für die ich mich engagiere. Für mich haben sie ihre Inspiration und Quelle in der lebendigen biblischen Botschaft – aus der ich zu atmen versuche. Wegen des „Wert-vollen“ sind sie Halt und Hoffnungsquelle für mich.



2. Wie dieser Menschen-verachtende Hinweis in der Flüchtlings- und Obdachlosenunterkunft – gibt es immer wieder Grund in unserer Gesellschaft zum Widerstand, da, wo Menschen in ihrer Würde verachtet werden.

„Einmischung ist die einzige Möglichkeit realistisch zu sein.“ (H. Böll)

3. Der wesentliche Grund und die begründete Hoffnung aber sind die konkreten Menschen,

so wie Khalil, Kirchenasylant und ein „Allrounder“ – vom Kochen bis zur mathematischen Formel – aus Syrien, der zweimal ein „push back“ an der Ostgrenze Europas erlebt hat ...



so wie der so fleißig und Getränke-einkaufsmarktet, ohne zu haben ...



Kanan aus Sri Lanka, ist, dass er die Weinabteilung eines Großtes in Recklinghausen bisher ein Bleiberecht



oder wie Alisina, der aufgrund seiner Fluchtgründe aus Afghanistan totale Lebensfreude kennt aber auch tiefe Traurigkeit ...



und wie Fuad, den die Wirklichkeit der iranischen Gesellschaft zur Flucht gezwungen hat, um sich treu zu sein ...

und wie Feisal, der auf seiner Flucht aus Afghanistan unendlich gelaufen ist und dabei die halbe Welt zu Fuß umrundet hat. Er ist die Hoffnung seiner Mutter, die mit seinen kleineren Geschwistern allein in Afghanistan durchkommen muss.



Es sind die Menschen – diese hier auch ganz konkret an unserem Ort – die Grund sind mit ihnen ein Stück Weg zu gehen und Hoffnung, weil sie je mit ihrem Gesicht, ihrer Geschichte und Gegenwartswirklichkeit soviel zu sagen und zu schenken haben... „Alles wirkliche Leben ist Begegnung.“ (M. Buber)

Ich bin dankbar für die Begegnung mit ihnen und solidarisch mit ihnen in ihrer Suche nach menschlichem Leben-Können.

Ludger Ernsting, seit 16 Jahren an „Gastkirche“ und „Gasthaus“ in Recklinghausen-Innenstadt tätig. „Unser Alltag ist nicht so männlich, wie man aufgrund der Fotos vermuten könnte.“

Tipp

Vom 1.4. bis 12.5.2025 ist die Wanderausstellung „Zuflucht geben – gemeinsam hoffen“ in Gastkirche und Gasthaus, Hl.-Geist-Str. 7, 45657 Recklinghausen, 02361/ 23273, www.gastkirche.de
Der erste Teil der Ausstellung ist in der Gastkirche, ganztags geöffnet. Für den zweiten Teil – morgens im Gasthaus ist das Forum dort geöffnet. Nachmittags für Forum anfragen unter Tel. 02361/23273.

Lesetipp

Jenny Erpenbeck
Gehen, ging, gegangen
München 2015/2018, Penguin, 6.AufL.TB

Ein grandioses Buch: ich las es parallel zur Entstehung dieses AMOS. Ein Berliner Uni-Professor, ein Altphilologe durch und durch, verwitwet, kürzlich emeritiert, interessiert sich beim zufälligen Vorbeigehen für eine Gruppe von 10 Afrikanern, sie sind im Hungerstreik vor dem Roten Rathaus in Berlin. Es interessiert ihn, was da los ist, wer sie sind, warum Polizei und Behörden so repressiv bürokratisch und unmenschlich mit ihnen umgehen: nach und nach geht er ihnen nach, kommt ihnen näher, menschlich neugierig, dabei werden in ihm humane Impulse lebendig und er ergreift für sie und ihresgleichen Partei, öffnet sein Haus, kauft in Ghana ein Grundstück, usw. Er trifft einen etwas seltsamen, alten, solidarischen Rechtsanwalt, der sich in alter germanischer Kultur auskennt und Flüchtlinge berät. – In diesem 350 Seiten starken Buch passiert viel, Welten werden lebendig, es ist großartig geschrieben: Die afrikanischen Flüchtlinge bekommen ihr eigenes unverwechselbares Gesicht, ihre Namen; ihre Geschichten und kulturellen Wurzeln leuchten auf, womit sie ihr Elend überhaupt ertragen. Die Geflüchteten wollen „arbeiten und sich ihr Leben selbst organisieren so wie jeder, der bei Kräften und bei Verstand ist“ (S.102), aber Berlins Senat und deutscher Staat wollen sie nicht, wollen das nicht. Und: In ihrer solidarischen Existenz agieren der Professor und der Rechtsanwalt im notwendigen Notwendigen ur-menschlich – und dabei leuchtet ihr eigenes kulturelles Wissen neu auf. „Vieles von dem, was Richard an diesem Novembertag, einige Wochen nach seiner Emeritierung erkennt, hat er beinahe sein ganzes Leben über gewusst, aber erst heute, durch den kleinen Anteil an Wissen, der ihm nun zufliegt, mischt sich wieder alles anders und neu. Wie oft wohl muss einer das, was er weiß, noch einmal lernen, wieder und wieder entdecken, wie viele Verkleidungen abreißen, bis er die Dinge wirklich versteht bis auf die Knochen?“ (S.177) *Hartmut Dreier*

Benedikt Kern

Das Kirchenasyl zwischen Repression, Einhegung und Subversion

Die Maßnahmen für mehr Abschiebungen sind immer effektiver und die Diskursverschärfung zeigt konkrete Ergebnisse: Im Jahr 2024 wurden aus Deutschland 18.400 Geflüchtete abgeschoben, das sind rund 2.000 mehr als 2023. Diese staatlich organisierte „Remigration“ ist also bereits brutale Realität und wurde schon von der Ampelregierung durchgesetzt – ganz ohne AfD. Ein gesellschaftlicher Aufschrei gegen diese Verhältnisse bleibt größtenteils aus, entspricht diese Nacht für Nacht vollzogene Deportationspraxis doch einer verbreiteten Überzeugung, dass Abschiebungen nun einmal nötig seien.

Angesichts der steigenden Abschiebungszahlen, die – in NRW durch eine Aufstockung von Personal im Außendienst von Ausländerbehörden und den von der Grünen-Ministerin geplanten Bau eines neuen Abschiebeknastes in Mönchengladbach (s. in diesem AMOS, S.15) – noch weiter erhöht werden sollen, stellt sich die Frage, ob dem Rad in die Speichen gegriffen werden kann.

Gastfreundschaft wider die Entmenschlichung

Das Kirchenasyl ist ein möglicher Ansatzpunkt, um Abschiebungen effektiv verhindern zu können. Zwar sind 2024 bundesweit nur rund 5,4% aller Abschiebungen durch ein Kirchenasyl gescheitert, aber dennoch ist das ein Rekord: 2.966 Menschen konnten in einer Kirche vor dem Zugriff der Abschiebungsbehörden geschützt werden.

Die gastgebenden Gemeinden und Ordensgemeinschaften haben es ernst genommen mit der Gastfreundschaft – sie haben Solidarität über die blinde Befolgung des entmenschlichenden Gesetzes gestellt und sich der Logik einer allumfassenden Verwaltung jedes und jeder Einzelnen entzogen. Dieser subversive Akt ist es, der diese Grauzonen-Praxis des Asyls in der Kirche so wichtig und zugleich so theologisch brisant macht: Das Kirchenasyl kann ein Ernstfall messianischer Praxis sein, wenn nicht mehr die todbringende Gewalt (seit 1993 sind über 440 Menschen bei Abschiebungen gestorben), sondern der Versuch des Lebens in einer schützenden Gemeinschaft ins Zentrum gerückt wird. Hier zeigt sich, ob eine Gemeinde (noch) in der Lage ist, *in* aber nicht *von* dieser Welt zu sein (Joh 17,14-18), sich nicht mit der Entmenschlichung abzufinden.

Steigender Druck

Es wäre überraschend, wenn die migrationspolitischen Verschärfungen nicht auch das Kirchenasyl unter Druck setzen würden. Staatlicherseits wurde 2015 der Versuch unternommen, das Kirchenasyl zu domestizieren, indem man den Kirchen 2015 eine Vereinbarung zur Formalisierung des Kirchenasyls aufgenötigt hat. Das BAMF, die Innenministerkonferenz und Ausländerbehörden vor Ort haben seitdem immer wieder versucht, die Spielräume der Gemeinden einzuschränken. Besonders drastisch zeigt sich das an der Zunahme von

Räumungsversuchen und Räumungen. Seit Juli 2023 gab es bundesweit mindestens elf gewaltsame Brüche des Kirchenasyls und zusätzlich eine Reihe von Räumungs-Androhungen, die dann aber abgewendet werden konnten.

Zuletzt hatte im Dezember 2024 der Bremer Innensenator Versuche unternommen, aus einem Kirchenasyl heraus abzuschleppen. Dies scheiterte durch die beeindruckende Präsenz hunderter Menschen aus der betroffenen Kirchengemeinde in der Bremer Neustadt und das Engagement einer wachen Stadtöffentlichkeit. Hunderte kamen Nacht für Nacht und machten so eine stillschweigende Festnahme des Geflüchteten unmöglich. Schließlich ließ sich der Innensenator auf einen Weihnachtsfrieden ein, was ihn aber nicht davon abhielt, weiter Stimmung gegen das Kirchenasyl zu machen und Obergrenzen bei der Anzahl der Kirchenasyle in Bremen zu fordern. (s. den Bericht von Thomas Lieberum auf S. 9)

Und die Kirchen?

Die evangelische Bremische Kirchenleitung hat sich zwar öffentlich hinter das Kirchenasyl gestellt, intern jedoch Druck ausgeübt zur Befriedung des Konflikts, statt diesen weiter auszutragen. Erfreulich bleibt jedoch, dass die betroffene Gemeinde weiter daran festhält, selber die Entscheidungsgewalt über das Kirchenasyl und dessen Bestehen oder Beendigung zu behalten, statt sich hier staatlichen und letztlich auch kirchlichen Versuchen der Einhegung ihrer Kirchenasylpraxis zu unterwerfen.

Wie die weitere Verschärfungstendenz in der Migrationspolitik auch zukünftig das Kirchenasyl betrifft, ist noch nicht abzusehen. Gerade deshalb erscheint es wichtig, dass auch kirchenintern für das Kirchenasyl deutlicher Position bezogen wird. Im Bistum Münster gibt es hierzu zwei erfreuliche Entwicklungen: Zum einen haben sich einige SeelsorgerInnen zusammengeschlossen und hatten sich in einer Erklärung⁽¹⁾ an die Bistumsleitung gewandt mit der Aufforderung, diese möge sich für diese theologisch fundierte Praxis einsetzen und Gemeinden ermuntern, von Abschiebung bedrohte Geflüchtete schützend aufzunehmen. Zum anderen hat die Vollversammlung des Diözesankomitees einen Beschluss gefasst, in dem sie sich mit den Kirchenasyl gewährenden Gemeinden solidarisch erklärt hat und die unwillige Bistumsleitung aufgefordert, Gemeinden zu unterstützen, Kirchenasyl zu gewähren.

Hoffen wir, dass gerade in der aktuell angespannten Situation, das Kirchenasyl als eine Praxis „von unten“ nicht an Fahrt verliert und subversive Räume wirklicher Solidarität entstehen.

⁽¹⁾ <https://www.kirche-und-leben.de/artikel/kirchenasyl-bistum-muenster-zunahme-seelsorger-priester-orden-gemeinden-forderung>

Benedikt Kern, Institut für Theologie und Politik (ITP, Münster)

Die Wanderausstellung „Zuflucht geben – gemeinsam hoffen“ zeigt die Perspektive von Geflüchteten, die im Kirchenasyl sind und waren. Die Ausstellung kann ausgeliehen werden, um sie in Kirchengemeinden oder Bildungsrichtungen zu zeigen. Infos: <https://www.kirchenasyl-nrw.de/wanderausstellung>. (Ausstellung vom 1.4. bis 13.05. in Gastkirche/Gasthaus in RE, S. 7)

Thomas Lieberum

Wir werden weiter Kirchenasyl gewähren.

Wir sind eine Kirchengemeinde in der Bremer Neustadt. Die Neustadt ist bereits 400 Jahre alt, hat sich aber, wie in vielen anderen Städten, etwas Quirliges, Alternatives und eine Offenheit bewahrt. Dem tragen wir als Gemeinde Rechnung, in dem wir offen in den Stadtteil hineingehen, viele Gruppen in unseren Häusern beherbergen, unabhängig von ihrem Bezug zum Glauben.

Seit mehreren Jahrzehnten helfen wir Geflüchteten, noch einmal verstärkt seit 2015. Wir bieten Sprachkurse an, haben eine Fahrradwerkstatt und vieles mehr. Fortlaufend in der ganzen Zeit haben Menschen im Kirchenasyl bei uns gelebt und tun es weiterhin. In fast allen Fällen geht es um die Überbrückung der Überstellungsfrist (im Dublin-Verfahren), sodass die Geflüchteten hier in Deutschland ihren Asylantrag stellen können.

Alle Jahre ist es gut gelaufen. Wir sind in enger Abstimmung mit den Behörden und der Polizei gewesen, auch mit dem BAMF gab es wenige Probleme. Wir arbeiten in jedem Fall mit Anwalt*innen zusammen, die sich im Migrationsrecht auskennen.

Anfang Dezember 2024 war dann plötzlich alles anders. Nachdem das BAMF unser Dossier im Fall eines jungen Somaliers abgelehnt hatte (ohne auf die beschriebenen Härten eingegangen zu sein), meinte der Innensenator, unbedingt handeln zu müssen. Der junge Somalier musste am 02.12. unterschreiben, dass er sich die folgenden Tage nachts bei uns im Gemeindezentrum aufhält. Seine Überstellungsfrist endete am 07.12. Durch den Anwalt, der Akteneinsicht nahm, erfuhren wir, dass eine Überstellung geplant war und ein Flug bereits gebucht wurde. Das ließ uns hellhörig werden.

Wir entschieden am Abend, möglichst viele Menschen zu informieren und baten sie, zu uns ins Gemeindezentrum zu kommen. Um 22:00 Uhr hatten sich knapp 100 Personen in unserem Theatersaal versammelt. Da der Eingriff der Behörden uns sehr wahrscheinlich erschien, holten viele Schlafsäcke und Isomatten, um im Haus zu übernachten.

Dann geschah, was ich mir bis zu diesem Augenblick nicht hatte vorstellen können. Kurz nach drei Uhr in der Nacht fuhren mehrere Mannschaftswagen der Polizei auf und Polizist*innen umstellten das Gebäude. Die meisten von uns stellten sich vorne in den Eingangsbereich, andere blieben bei dem jungen Somalier im Kirchraum (der bei uns im Haus integriert ist). Und: Wir stellten die Glocken an.

Das hatte zur Folge, dass die Polizist*innen sehr irritiert waren und nach kurzer Besprechung wieder davon fuhren. Wir waren überrascht und beeindruckt. Niemand hatte mit uns sprechen wollen.

Eine halbe Stunde später kam die Polizei erneut und ein leitender Polizist und ein Mitarbeiter des Migrationsamt zeigten mir den Durchsuchungsbeschluss und die entsprechende Verfügung. Im Polizeiauto ließ mich der zuständige Kommis-

sar wissen, dass ich ihn jetzt zu dem Somalier führen müsse, damit sie ihn mitnehmen und zum Flughafen bringen können. Ich habe erklärt, dass ich darin nicht meine Aufgabe sähe. Stattdessen fühlte ich mich für den Schutz verantwortlich und würde keine Hilfe leisten. Ich habe aber auch klar gemacht, dass niemand von uns Gewalt anwenden würde.

Dieses Gespräch im Auto (auch dabei läuteten die Glocken und machten den Polizisten entsprechend nervös) dauerte etwa 30 Minuten, in denen ich mich aber nicht überreden ließ. Nach Rücksprache mit seiner Vorgesetzten brach der Polizist daraufhin den Einsatz ab. Es war klar, dass zu viel Zeit vergangen und der gebuchte Flieger nicht mehr zu erreichen war.

In den folgenden Nächten haben teilweise mehrere Hundert Menschen im Kirchraum und weiteren Räumen übernachtet, wir haben diskutiert, geredet, gekocht und gesungen. Uns war klar: Wir halten die Woche bis zum Ende der Überstellungsfrist durch.

Zwischendurch klagte der Innensenator und erreichte eine Verlängerung der Frist durch das BAMF. Dagegen haben wir aber geklagt und Recht bekommen. Somit verlief das Kirchenasyl für den jungen Somalier erfolgreich und er lebt nun legal in Bremen.

Für uns als Gemeinde war es eine stärkende Erfahrung: Wir konnten einen jungen Flüchtling vor einer Abschiebung bewahren. Viele Menschen aus dem Stadtteil und unserer Gemeinde haben sich an den Aktionen beteiligt (bei uns geschlafen oder Essen bzw. Geld gespendet). Wir hatten junge Menschen im Gemeindezentrum, die vorher nie etwas mit Kirche zu tun hatten.

Trotz dieses erfolgreich verteidigten Kirchenasyls hat sich die Stimmung in Bremen, aber auch in anderen Bundesländern verschärft. Die Behörden setzen Gemeinden und Kirchenleitungen unter Druck. Viele Gemeinden trauen sich solche „Kämpfe“ nicht zu und haben Angst, Kirchenasyl zu gewähren. Die Stimmung gegenüber Geflüchteten droht im ganzen Land zu kippen und wir sind weit entfernt von der Aussage Angela Merkels aus dem Jahr 2015: „Wir schaffen das.“

Für mich persönlich war das große Maß an Solidarität und die Empathie miteinander eine äußerst bereichernde Erfahrung. Eine Woche lang war das Haus im gemeinsamen Protest gegen Ungerechtigkeit voller Leben. Nach dem Gottesdienst am 2. Advent zum Ende der Woche gab es eine Demonstration durch den Stadtteil, die sich gegen die unmenschliche Abschiebepolitik wandte. Uns ist bei allen Schwierigkeiten klar: Wir werden weiterhin bedrohte Menschen ins Kirchenasyl nehmen.

Thomas Lieberum, Pastor, Vereinigte Evangelische Gemeinde Bremen Neustadt

Gabriele von Wahlert

Frauen und Mädchen auf der Flucht

Die Hälfte aller Flüchtlinge weltweit sind Frauen und Mädchen. Aus verschiedenen Gründen (u.a. geringere finanzielle Ressourcen, Gefahren auf Fluchtrouten) erreichen prozentual weniger Frauen Europa und stellen lediglich 31% der Asylanträge in Deutschland.

Frauen fliehen wie Männer vor politischer und ethnischer Verfolgung, Bürgerkriegen, Umweltkatastrophen, Armut und verschiedenen Formen von Gewalt. Frauenspezifisch fliehen sie vor häuslicher und sexualisierter Gewalt wie „Ehrenmord“, Zwangsabtreibung, -heirat, -sterilisierung und Genitalverstümmelung, Witwenverbrennungen oder Vergewaltigungen.

Die besonderen Perspektiven flüchtender Frauen und Mädchen, ihre speziellen Gefahren vor, während und nach der Flucht tauchen bislang wenig in den Debatten auf. Medica Mondiale dokumentiert dies seit Langem zur Verbesserung des Schutzes für flüchtende Frauen.

Mit der Verabschiedung des GEAS ist zu befürchten, dass individuelle und geschlechtsspezifische Aspekte noch weniger gewichtet werden. Der Begriff „sicherer Drittstaat“ z.B. bedeutet derzeit keine Sicherheit vor sexualisierter Gewalt oder homophoben Maßnahmen innerhalb der EU und noch weniger bei Verweigerung der Einreise oder Abschiebung in Länder außerhalb der EU. Dies wird u.a. deutlich am Beispiel der Türkei. Die Zentrale für politische Bildung schreibt:

„(...) der Ausstieg der Türkei aus dem Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (die s. g. Istanbul-Konvention) 2021 gehört in diesen Kontext (der zunehmenden Unsicherheit für Frauen). Oftmals endet die Bedrohung für Frauen auch nicht mit der Ankunft in Deutschland, selbst wenn der Zugang zu einem Verfahren gesichert ist. Auf der Flucht und selbst in den Flüchtlingsunterkünften sind Frauen erneut von Gewalt und sexualisierter Gewalt sowie Menschenhandel bedroht.

Bis 2015/16 stand das Fehlen von Gewaltschutzkonzepten in den deutschen Flüchtlingsunterkünften im Widerspruch zu geltendem EU-Leitlinien. Dies ging angefangen von baulichen Mängeln (Beleuchtung, Trennwände u.a.m.) bis hin zum Fehlen von geschultem Personal. Bis heute werden Möglichkeiten, sich vor Tätern in den Unterkünften in Sicherheit zu bringen durch aufenthaltsrechtliche Vorgaben wie z.B. Residenzpflicht eingeschränkt bzw. erschwert.

Insbesondere Frauen, die aus stark männerdominierten Kulturen kommen, benötigen besondere Unterstützung und Ermutigung, ihnen zustehende Gewalterfahrungen zu benennen, sowie ihre Rechte einzufordern. Hinzu kommt, dass Frauen oft nicht alleine fliehen, sondern mit Kindern oder anderen pflegebedürftigen Angehörigen, oder selber schwanger sind und somit mehr Belastung und Verantwortung haben, was alles zu einer höheren Vulnerabilität führt und besonderer frauenspezifischer Angebote bedarf.

Daher die Forderung „(...) geflüchtete Frauen und ihre Anliegen sichtbar machen und die Voraussetzungen schaffen für gleichberechtigte gesellschaftliche und politische Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben in Deutschland.“

Eine Reihe von Trägern bietet inzwischen Unterstützung an für Frauen und andere Menschen, die sexualisierte Gewalt erlebt haben und besonders jenen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind.

Ein weiterer frauenspezifischer Fluchtgrund ist die Weibliche Genital Manipulation (FGM), die sehr unterschiedliche Verbreitung in den Ländern des globalen Südens hat, unabhängig von der Staatsform. Auch das ist ein anerkannter Grund für Flucht und Asylantrag, der einer individuellen Überprüfung bedarf. Entsprechende Anlaufstellen und Hilfsangebote, bis hin zu Schulungen von Frauenärztinnen in Deutschland nehmen erfreulicherweise zu.

Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass sexualisierte Gewalt schon lange als Methode der Kriegsführung eingesetzt wird mit dem Ziel die moralische Integrität des Gegners zu zerstören, um Unterwerfung und Entmachtung zu erreichen und eine Stärkung des hegemonialen heteronormativen Männlichkeitsbildes. Das trifft Frauen besonders und wird oft in der Anhörungssituation reinszeniert, Beschämung wird nicht mitgedacht. Eine weitere betroffene Gruppe sind Mitglieder der LGBTG-Community. Neuankommende Geflüchtete in Deutschland berichten wie folgt über Erfahrungen von sexualisierter Gewalt: insgesamt 36,6% berichten von Erfahrungen von sexualisierter Gewalt, davon sind 45,8% der befragten Frauen und 32,6% Männer (81,6% selbst erfahren (n=168: 66 Frauen und 102 Männer) und 18,4% (n=38: 12 Frauen und 26 Männer) ausschließlich Zeugenschaft).

Dieser Artikel kann verschiedene Aspekte nur anreißen. Das ab Sommer 2026 umzusetzende GEAS, welches verschiedentlich kritisch kommentiert wird, sowie die aktuelle Diskussion um noch schärfere Maßnahmen stimmen wenig zuversichtlich, was die Belange von geflüchteten Frauen angeht. Sind doch alle genannten Themen sehr intim, schambesetzt und heikel anzusprechen ganz besonders auch in s.g. „Schnellverfahren“. Um geflüchteten Frauen gerecht zu werden mit Chancen für eine angemessene Versorgung und um Perspektiven zu guter Integration zu sichern, bedarf es eines individuellen Verfahrens zur Feststellung des Asylanspruchs, bei dem die Dimension von Gender, Sexualität und diesbezüglicher Gewalt gewürdigt wird. Erforderlich ist spezielle Beratung der geflüchteten Frauen durch in traumasensibler Kommunikation geschultem Personal, um eine erneute Retraumatisierung mit langfristigen Folgen zu vermeiden und somit eine bedarfsgerechte Versorgung sicher zu stellen.

Gabriele von Wahlert, Frauenärztin und Psychotherapeutin mit Berufserfahrung im südlichen Afrika, sowie ehrenamtliche Mitarbeit bei Rosa e.V. in einem Hilfsangebot für Frauen in Aufnahme-Camps für Geflüchtete in Griechenland 2022 und Mitarbeit bei der medizinischen Flüchtlingshilfe Bochum e.V. bis Ende 2023. Quellenangaben bei der Autorin (vonwahlert@web.de)

Sophie Scheytt

Seenotrettung auf dem Mittelmeer – Asylpolitische Analyse der Wahlprogramme

Die letzten Monate haben uns anschaulich vor Augen geführt: Es war Wahlkampf. Und dieser Wahlkampf wurde maßgeblich auf dem Rücken von Geflüchteten und ihren Unterstützer:innen ausgetragen, spätestens seit den schrecklichen Attentaten in Städten hierzulande. Die Toten werden für immer eine Lücke im Leben ihrer Freund:innen und Verwandten hinterlassen, die nie wieder zu füllen sein wird. Es ist wichtig, dass wir diesen Raum für Trauer offenhalten und ihn nicht politisch instrumentalisieren, gerade in Wahlkampfzeiten.

Es ist genau so wichtig, dass wir anerkennen, dass Sicherheit nur durch Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung von Menschenrechten garantiert werden kann. Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist es elementar, dass Geflüchtete nicht pauschal als Kriminelle dargestellt werden und dass wir verstehen: Die Sicherheit und die Rechte von Geflüchteten sind auch unsere Sicherheit und betreffen auch unsere Rechte. Wer die Rechte von Geflüchteten angreift, der greift auch die Rechte anderer marginalisierter Gruppen an, seien es Menschen mit Behinderung, Arbeitslose oder queere Menschen.



Ende Januar hat die CDU mit den Worten des Fraktionsvorsitzenden der SPD Rolf Mützenich „das Tor zur Hölle aufgestoßen“, indem sie zunächst am Mittwoch ihrem Entschließungsantrag, dem sog. „5-Punkte-Plan“ von Friedrich Merz, mit den Stimmen der AfD zur Mehrheit verhalf und dann am Freitag, dem 31. Januar, einen Gesetzesentwurf zum „Zustrombegrenzungsgesetz“ mit den Stimmen der AfD durch den Bundestag bringen wollte – allerdings ohne Erfolg.

Worauf müssen wir uns in den nächsten vier Jahren gefasst machen? Ein Blick in die Wahlprogramme zeigt uns, was nicht nur die zivile Seenotrettung, sondern die Zivilgesellschaft insgesamt und vor allem die Geflüchteten selbst in der nächsten Legislaturperiode erwartet.

Interessant ist vor allem die überwältigende Überschneidung der Wahlprogramme von AfD und der Union. Beide wollen letztendlich das individuelle Recht auf Asyl abschaffen, indem sie Asylsuchende an deutschen Grenzen pauschal zurückweisen wollen und im Wesentlichen alle legalen Fluchtwege abschaffen wollen (Familiennachzug für subsidiären Schutz und alle humanitären Aufnahmeprogramme). Die Forderung nach Zurückweisungen an den deutschen Grenzen ist letztendlich der Aufruf zur Missachtung europäischen Rechts. Damit stellen AfD und CDU beide den europarechtlichen Rahmen – und damit letztendlich die Idee Europas insgesamt – in Frage. Die AfD etwas offener, die CDU etwas versteckter.

Gemeinsam haben die beiden Wahlprogramme auch die Forderung von Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan,

die Ausweitung sicherer Herkunftsländer, mehr Abschiebungen und mehr Grenzschutz, sowie weitere Sozialleistungskürzungen für Asylsuchende.

Wie wird die AfD also die CDU in der nächsten Legislaturperiode weiter vor sich her treiben? Worauf müssen sich die Zivilgesellschaft und insbesondere die zivile Seenotrettung vorbereiten?

Ein Vorgeschmack darauf ist das Thema Kriminalisierung und Diffamierung der Zivilgesellschaft. Während SPD, Linke und Grüne sich explizit gegen eine Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung aussprechen, herrscht bei dem Wahlprogramm der Union in dieser Hinsicht ohrenbetäubende Stille: mit keinem Wort wird neben der üblichen „Bekämpfung der Schleuserkriminalität“ die Zivilgesellschaft, geschweige denn die Seenotrettung, mit einem anerkennenden Wort erwähnt. Das Programm der AfD hingegen zeigt sehr deutlich, wo die Reise hinget: Sowohl die Menschen, die Geflüchteten vor Ort in Deutschland helfen, als auch die zivile Seenotrettung werden aufs Übelste beschimpft – den Wortlaut werde ich hier nicht wiedergeben.

Im Januar wurde bekannt, dass mehrere Personen in Italien bei Whatsapp mit Spionage-Software angegriffen wurden, darunter auch Luca Casarini, der Mitbegründer der italienischen Seenotrettungsorganisation Mediterranea. Ein erneuter Versuch der italienischen Regierung, Luca Casarini zu kriminalisieren; schon 2019 wurde gegen ihn ermittelt wegen angeblicher Beihilfe zur illegalen Einreise.

Auch in Deutschland ist eine weitere Kriminalisierung von ziviler Seenotrettung in den nächsten Jahren nicht undenkbar. Schon Ende 2023 einigte sich die Ampelregierung auf einen Gesetzesentwurf, das sog. „Rückführungsverbesserungsgesetz“, das die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung ermöglicht hätte. Nur durch massiven öffentlichen Druck wurde die gesetzliche Formulierung letztendlich abgeschwächt – eine Kriminalisierung ist aber trotzdem nicht vollständig ausgeschlossen durch die gesetzlichen Änderungen, die im Januar 2024 letztendlich vom Bundestag verabschiedet wurden.

Nicht nur die zivile Seenotrettung, auch alle anderen Personen, die sich für die Rechte Geflüchteter einsetzen, sollten sich deshalb in den nächsten vier Jahren warm anziehen und auf deutlichen Gegenwind einstellen, sei es das Kirchenasyl, die Asylverfahrensberatung oder die Unterstützung bei der Schule, der Ausbildung und im alltäglichen Leben. Wir alle müssen jetzt zusammenhalten für den Erhalt unserer Demokratie, unserer Zivilgesellschaft und für das Recht auf Asyl.

Sophie Scheytt stammt aus Marl, Juristin. Referentin für Asylrecht und Asylpolitik bei Amnesty International Deutschland e.V., Berlin. Mitglied bei Sea-Watch e.V. u.a. Im Internet: ihr Interview mit Phoenix TV am 17.11.23: „Über das verheerende Bootsunglück vor der griechischen Küste Sommer 2023“

Ramona Rischke

„Wir werden nicht überrannt.“

sagt die Migrationsforscherin Ramona Rischke nach dem gescheiterten Migrationsgipfel in Berlin im September 2024. Hier einige Auszüge aus einem ausführlichen Interview, das sie dem Online-Redakteur Tom Eldersch gab:

„Anlass des Migrationsgipfels in Berlin war die islamistische Gewalt in Solingen. In der Tat müssen wir uns gute Anti-Radikalisierungsstrategien überlegen. Aber es ist wenig zielführend, jetzt auf allgemeine Migrationsabwehr und Abschottungspolitik zu setzen. Gefährlich ist es auch, Geflüchtete und andere Migrationsgruppen, die oft selbst Ziele der Gewalt und Bedrohung sind, pauschal zum Sicherheitsproblem zu erklären und für alle möglichen Probleme verantwortlich zu machen.“

Wir müssen uns mit dieser extremen islamistischen Gewalt auseinandersetzen. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass solche schrecklichen Vorfälle ein Randphänomen sind. Aber wir behandeln sie nicht so. Auch rechte Gewalt und Ideologien gefährden unser Zusammenleben. Wir stellen aber die Migrationsabwehr ins Zentrum der Diskussionen. So werden wir das Problem aber nicht lösen.

Zudem haben Studien gezeigt, dass die defizitorientierte, alarmistische und teils aufhetzende Berichterstattung nach 2015 sowie die Diskussionen auf Social Media dazu beigetragen haben, Angst und Hetze gegenüber Geflüchteten zu steigern – bis hin zu gewaltsamen Übergriffen. Auch ich habe den Eindruck, dass wir in medialen und politischen Debatten gerade wieder dieselben Fehler machen.

Menschen haben grundsätzlich das Recht, Asylanträge in Deutschland zu stellen. Jetzt wird diskutiert, Schutzsuchende in haftähnlichen Einrichtungen in der Nähe der Grenzen festzuhalten, um zu prüfen, welches Land für sie zuständig ist. Die Union geht sogar noch darüber hinaus und verlangt pauschale Zurückweisungen. Ich halte das für wenig sinnvoll, weil es auf europäischer Ebene und auch deutscher Ebene relativ hohe Anerkennungsquoten gibt. D.h., ein beträchtlicher Anteil dieser Menschen wird einen berechtigten Schutzstatus zugesprochen bekommen.

Die Debatte fokussiert sich aber nur auf Abwehr und Abschottung und erklärt Zuwanderung insgesamt zum Problem. Das erstickt jede konstruktive Diskussion über dieses Thema. Das Problem ist, dass wir uns in den vergangenen Jahren erlaubt haben, so alarmistisch und undifferenziert über Migration zu sprechen.

Wir können uns über den Zugang zu Schutz und gesellschaftlicher Teilhabe unterhalten. Darüber, wie man das international gut organisiert bekommt, wer welchen Teil der Verantwortung trägt und wie man die Verteilung besser organisieren könnte.

Aber wir verfallen in Deutschland schnell in Krisennarrative und werfen auch noch alle und alles in einen Topf. Mit der gegenwärtigen Abwehrpolitik will man gezielte Signale

gegen mehr Fluchtzuwanderung senden. Damit werten wir Geflüchtete in Deutschland pauschal ab und senden auch anderen migrantischen Gruppen klare Abwehrsignale.

Die Normalisierung der Migrationsabwehr führt nicht selten zu Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen, aber auch in der EU. Das hat auch einen Einfluss auf das Wohlbefinden und die Bleibeabsichten von verschiedenen Bevölkerungsgruppen hier in Deutschland. Eine Studie des DeZIM hat jüngst gezeigt, dass sich Menschen unabhängig von ihrer Herkunft Sorgen machen über diese Debatten. Viele Menschen fühlen sich abgewertet, bedroht oder nicht mehr willkommen in ihrem eigenen Land.

Wir werden nicht überrannt. Diese Vorstellung ist falsch. Sicher gibt es immer wieder Spitzen in den Fluchtbewegungen wie 2022 mit der Eskalation des Ukraine-Kriegs. Aber es ist schon seit Jahren bekannt, dass globale Fluchtursachen anhalten und globale Flüchtlingszahlen stetig zunehmen. Es wäre also sinnvoll, einmal aufgebaute Integrationsinfrastrukturen nach Spitzen in den Ankunftsahlen in langfristige und anpassungsfähige Strukturen zu überführen, die lokale Bedarfe aufgreifen, anstatt sie wie nach 2015 deutlich zurückzubauen.

Menschen wählen irreguläre Zugangswege, weil ihnen reguläre fehlen. Wir müssen deutlich mehr reguläre Migrationskanäle öffnen. Am besten wäre das auf europäischer Ebene, aber ich würde mir mindestens wünschen, dass sich nicht – wie im Augenblick – jeder einzelne EU-Staat einer Abwärts Spirale anschließt, in der Schutz immer mehr ausgehöhlt wird und man sich nicht mehr darum schert, was außerhalb der eigenen Grenzen passiert.

Es stimmt aber zum Glück nicht, dass die Bevölkerung unterschiedliche Formen der Migration pauschal ablehnt. Es gibt stabil hohe Zustimmungswerte zur Fachkräftezuwanderung, dazu, dass Geflüchtete schnell in Arbeit kommen. Viele sehen Deutschland grundsätzlich in der Verantwortung, Geflüchtete aufzunehmen.

Wir müssen uns dem anhaltenden Rechtsruck und unterschiedlichen Formen der Radikalisierung in der Breite der Bevölkerung viel sichtbarer entgegenstellen und wieder anders über Migration sprechen. Migration ist nicht die Mutter aller Probleme, auch Fluchtmigration nicht, wir erklären sie aber gerade dazu. Es ist auf jeden Fall eine schlechte Idee, dass die etablierten Parteien rechtsextreme Positionen legitimieren, indem sie selbst immer weiter nach rechts rücken.“

Dr. Ramona Rischke forscht und arbeitet am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) in Berlin. Ihre Schwerpunkte sind multidimensionale Ursachen und Wirkungen von Migrationsbewegungen sowie sozialer Zusammenhalt im Kontext von Migration und Flucht. Sie promovierte im Bereich der Entwicklungsökonomie und ist seit Juli 2020 Co-Leiterin der Abteilung Migration am DeZIM. | (Quelle des Interviews: <https://web.de/magazine/politik/migrationsforscherin-stellt-ueberrannt-40122118>, abgerufen am 13.09.2024)

Alexandra Gehrhardt

Betreuung durch Rüstungskonzern?

Ende 2023 gaben Deutschlands größter Betreuungsdienstleister European Homecare (EHC) und die Schweizer ORS-Group ihre Fusion bekannt. Unter dem Dach des Konzerns Serco wollen sie sich als Markt- und Qualitätsführer präsentieren. Der neue Mutterkonzern bietet eine bunte Mischung an Dienstleistungen: Eisenbahnen, Gefängnisse, Flüchtlingsunterkünfte und Service für die Rüstungsindustrie.

Was erst mal harmlos klingt hat es in sich. Denn damit sind zwei Unternehmen zusammengegangen, die in beispielhafter Weise aus ehemals staatlichen Aufgaben im Sozialbereich ein lukratives Geschäft gemacht haben. EHC bietet seit 1989 „Betreuungsdienstleistungen“ an und betreibt im öffentlichen Auftrag Unterkünfte für Geflüchtete und Wohnungslose. In Bochum hat EHC in den letzten Monaten zwei Flüchtlingsunterkünfte von der AWO übernommen, der Zuschlag an profitorientierte Akteure wird von den freien Wohlfahrts-trägern stark kritisiert.

In Dortmund betreibt EHC seit 2021 die Schlafstelle für junge erwachsene Wohnungslose und schon seit 2012 die Männer-übernachtungsstelle. ORS ist der größte Betreiber von Flüchtlingsunterkünften in der Schweiz. Bis 2022 gehörte ORS zur Beteiligungsgesellschaft Equistone Limited, einem Private-Equity-Unternehmen, bei dem es vor allem darum geht, es möglichst gewinnbringend weiter zu verkaufen.

Ist das ein Problem? „Erstmal stehe ich der Frage ‚Privat oder Staat?‘ neutral entgegen“, sagt Prof. Werner Nienhüser, emeritierter Professor der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Duisburg-Essen. Er hat das Geschäftsmodell sozialer Dienstleistungen untersucht. „Für mich geht es um die Frage: Was für Interessen haben gewinnorientierte Unternehmen und wie können sie Gewinn machen? Bei privaten Unternehmen treten notwendigerweise Gewinninteressen in den Vordergrund. In diesen Fällen scheint es so zu sein, dass die Qualität nicht besonders gut ist.“

EHC steht in Deutschland in der Kritik. Immer wieder berichten (ehemalige) Untergebrachte der Männerübernachtungsstelle in Dortmund von schwierigen Verhältnissen, respektlosem Umgang durch den Sicherheitsdienst – oder davon, gar nicht erst reingelassen zu werden. Stadt und EHC widersprachen regelmäßig. Jedoch wurden EHC auch Aufträge entzogen, in Sankt Augustin zum Beispiel. Das Land Berlin kündigte 2024 alle Verträge mit ORS, nachdem in einer Unterkunft ein verstorbener Geflüchteter erst Wochen nach seinem Tod in seinem Zimmer entdeckt worden war.

Für klamme öffentliche Kassen ist bei der Vergabe von Aufträgen der Preis ein wichtiges Kriterium. Zu kontrollieren, wie trotzdem Standards eingehalten werden, ist daher eine

wichtige Frage. Nienhüser hat anhand von Sachstandsberichten des Integrationsministeriums an den Landtag untersucht, wie die Qualität der Flüchtlingseinrichtungen in der Legislaturperiode von 2018 bis 2021 überprüft wurde.

„Die Qualität wird über Beschwerden erfasst. Die gab es in den Berichten kaum. Bei den Menschen vor Ort sieht das anders aus, aber es gab gar keine richtige Beschwerdemöglichkeit.“ Zwar habe das Land mobile Kontrollteams. „Ich habe keinen Hinweis darauf finden können, dass diese in dieser Zeit jemals zum Einsatz gekommen wären.“ Die Folge: „Wenn Kontrollprobleme entstehen können und keine Kontrollen stattfinden, motiviert das gewinnorientierte Unternehmen natürlich dazu, die Qualität zu reduzieren.“ In einem Feld, in dem es um hochvulnerable Gruppen wie Wohnungslose oder Geflüchtete geht, eine bedenkliche Entwicklung.



Mit der Fusion von EHC und ORS geht Serco nun massiv in Deutschland in die Fläche. Das Portfolio des weltweit tätigen britischen Konzerns umfasst Justiz, Migration, Verteidigung, Weltraum, Kundendienste, Gesundheit und Transport. „Verteidigung“ heißt Rüstung: Bis 2021 war Serco Teil des britischen Atomwaffenprogramms und unterstützt jetzt den Einsatz der US-Luftstreitkräfte im Nahen Osten. Das Friedensforschungsinstitut SIPRI listet Serco unter den Top 100 Rüstungsunternehmen. In Australien verantwortet Serco die Zentren, in denen das Land irreguläre Eingewanderte inhaftiert, bis über ihren Aufenthalt entschieden ist.

„Ich vermute, die Strategie von Serco ist, über längere Zeit der günstigste Anbieter zu sein. Dafür kann man dann an der Qualität sparen oder am Personal, also das Personal schlecht bezahlen oder weniger qualifizierte Kräfte einstellen“, meint Nienhüser.

„Die Qualitätskriterien in Ausschreibungsverfahren sind ja nicht schlecht und auf dem Papier oft auch plausibel. Man muss eben prüfen, ob das auch so ist. Auch Tariftreue kann eingefordert werden. Es ist wichtig, Transparenz herzustellen, und auch der Zivilgesellschaft die Möglichkeit zu geben, die Arbeit der Dienstleister öffentlich zu diskutieren. Verträge sind in den meisten Fällen nicht zugänglich. Aber es geht ja nicht um Geheimformeln. Zumindest muss es doch Stadträten möglich sein, Einsicht zu nehmen und diskutieren zu können.“

Alexandra Gehrhardt ist Journalistin und Redakteurin beim sozialen Straßenmagazin bodo. Textteile erschienen zuerst in bodo 05|2024.

zum Thema siehe auch den Artikel von Werner Nienhüser „Kontrolle ist besser“ in AMOS 3|2022, S. 18f.

Benedikt Kern / Julia Lis

Das Lager als Gesetz der modernen Demokratie

Die Zuspitzungen an den Zäunen der EU-Außengrenzen, wo täglich Geflüchtete zu Tode kommen, im Mittelmeer und in den Lagern im Innern Europas, zeigen, wie es um die Gesellschaft, in der wir leben, bestellt ist: Sie schottet sich ab, um ihre Lebensweise und ihre ökonomischen Interessen gewaltsam zu verteidigen. Doch welche Logiken machen dies in einer vermeintlich aufgeklärten, an Menschenrechten orientierten, hochentwickelten Gesellschaft möglich?

Der italienische Philosoph Giorgio Agamben ist dieser Frage nachgegangen⁽¹⁾ und zu der These gekommen: Das Lager ist das zentrale Paradigma der Moderne. Er geht davon aus, dass das Lager nicht nur ein physischer Ort hinter Stacheldraht ist, sondern auch ein symbolisches und politisches Konzept. Dass überhaupt die Idee entsteht, bestimmte Menschen in „Lager“ zu sperren und dort vom Rest der Gesellschaft zu isolieren, sagt bereits, abgesehen natürlich davon, dass es in der europäischen Geschichte sehr verschiedene Arten von Lagern gegeben hat, etwas über die Beschaffenheit unserer Zivilisation insgesamt aus.

Zugriff auf das nackte Leben

Das Lager ist eine Zone der Ausnahme. In ihr ist nach Giorgio Agamben das Recht ausgesetzt – auch jene sehr grundlegenden Rechte, die wir als Menschenrechte kennen und über die eigentlich ein gesellschaftlicher Konsens herrscht, dass sie für alle gelten sollten. Das bleibt aber graue Theorie, weil diese Menschenrechte nur als Bürgerrechte im Rahmen eines rechtlich verfassten Nationalstaates auch in Anspruch genommen werden können – aber nicht in jenen Zonen, wo das Recht faktisch ausgesetzt wird. So wird das Leben der Menschen, die sich in den Zonen des Ausnahmezustands aufhalten, auf dem Mittelmeer, in den Wäldern des polnisch-belarussischen Grenzgebiets, in den Lagern, außerhalb und innerhalb der EU-Grenzen systematisch entwertet, indem sie von ihren Rechten faktisch ausgeschlossen sind und keine Möglichkeit haben, diese zum Schutz ihres Lebens und ihrer Würde durchzusetzen.

Die Rechte eines Menschen aber bedingen in unserem Verständnis das Leben eines Menschen als politisch qualifiziert, durch sie definiert sich der Mensch als Teil eines Gemeinwesens, als soziales Leben, das mehr ist als seine physischen Körperfunktionen. Wer aus dem politischen Gemeinwesen und damit von den ihm dort zustehenden Rechten ausgeschlossen wird, wird also auf sein reines, biologisches Leben zurückgeworfen. Ihm wird, obwohl er im biologischen Sinne lebendig bleibt, sein Leben als menschliches Leben geraubt. Das Individuum, das auf sein nacktes, also bloßes biologisches Leben reduziert ist, wird von jeglichem politischen oder sozialen Status entblößt.

Diese Reduktion auf das nackte Leben macht Agamben bei denjenigen aus, die im Lager lebend aus der Gesellschaft mit ihren vermeintlich unveräußerlichen Grundrechten durch die Ausnahme ausgeschlossen und zugleich mit dem Lager in die Gesellschaft eingeschlossen sind. Das „nackte Leben“ im Lager wird zur Sache der Verwaltung. So wird das Lager zu einem Raum, in dem die staatliche Macht ihre Kontrolle über den Einzelnen in intensivster Weise ausübt, indem sie ihn sozial, juristisch und politisch schutzlos macht.

Der Ausnahmezustand

Giorgio Agamben macht mit seinem Blick auf das Lager deutlich, wie moderne Staaten mit dem Rückgriff auf den Ausnahmezustand, das unveräußerliche, den Einzelnen schützende Recht aussetzen. Der moderne Staat, der mit den Menschenrechten und deren Durchsetzung historisch verbunden ist, schafft und begründet zugleich Orte und Zonen der Ausnahmen von diesem Recht. Agamben zeigt, dass durch diesen in den modernen, demokratischen Staat permanent eingeschlossenen Ausnahmezustand Kontrolle über das Leben der Menschen ausgeübt wird. Er warnt davor, dass die ein- und ausschließende Logik des Lagers, die den Menschen auf das nackte Überleben reduziert, in vielen Aspekten der modernen Gesellschaft sichtbar wird, sei es in der Migrationspolitik, in der digitalen Überwachung oder in der Weise, wie bestimmte Gruppen marginalisiert werden.

Das Lager bekommt dann letztlich in der modernen Gesellschaft eine Bedeutung für alle Menschen, da jede*r gezwungen ist, sich – wenn auch graduell auf unterschiedliche Weise – der über den Ausnahmezustand entscheidenden souveränen Macht zu unterwerfen und dadurch sein Leben der staatlichen Verwaltung zu unterstellen.

Auf diese Weise trägt Agamben mit seiner Analyse der gesellschaftlichen Struktur des Lagers zu einem tieferen Verständnis der Widersprüche der modernen politischen Ordnung bei. Das kann uns helfen zu verstehen, in welcher Gesellschaft – die Geflüchtete im Mittelmeer ersaufen lässt und in Lagern entrechtet – wir leben und weshalb wir sie infrage stellen müssen.

⁽¹⁾ Giorgio Agamben: Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben, Berlin 2021



gesehen am 28.02.2025: in Bremen Ecke Osterstr./Friedrich-Ebert-Str.

Bündnis Abschiebegefängnis verhindern

Neues Abschiebegefängnis in Mönchengladbach für 300 000 000

300 Millionen Euro, die 2025 in Kinder- und Jugend-einrichtungen sowie Flüchtlingsberatungsdiensten fehlen bzw. massiv eingespart werden.

Nachdem Ende 2024 klar wurde, dass die Landesregierung für einen zweiten Abschiebeknast in NRW 300 Mio. Euro ausgeben will, hat sie am 17.1.2025 bekannt gegeben, dass dieser nun auf dem Gelände des ehem. NATO-Hauptquartiers in Mönchengladbach-Rheinfeldern gebaut werden soll... Dieser Ort war bereits in der vormaligen Planung avisiert, dann aber verworfen worden, etwa weil befürchtet wurde, dass aus der angrenzenden „Erstaufnahmeeinrichtung“ von Geflüchteten Solidarität und Widerstand organisiert werden könnte. Dies geht aus den Unterlagen hervor, die wir über das Informationsfreiheitsgesetz vom Fluchtministerium eingeklagt hatten.



Da das Gefängnis aber irgendwo gebaut werden müsse, so der SPD-OB von Mönchengladbach (im folgenden abgekürzt: MG), Felix Heinrichs, soll MG nun einen Abschiebeknast bekommen. Die Stadt soll profitieren: der Bau des Knastes treibt die Erschließung des Geländes voran. Daneben soll ein Industriegebiet entstehen. Gleichzeitig beruhigt Felix Heinrichs die MGER Bürger: von dem gut versteckten Knast bekämen die gar nichts mit. Auch die Grünen zeigen sich aware: Lena Zingsheim-Zobel (MdL aus MG) wünscht sich einen sensiblen Umgang mit schutzsuchenden Geflüchteten. 2024 hieß es auch, die Polizei wolle auf dem Gelände ein Trainingsausbildungszentrum für Drohnenpiloten mit mindestens 36 Hektar Ausdehnung errichten.

Für 140 Menschen soll Platz sein im neuen Knast. In Büren wäre Platz für 175 Menschen. Es ist schon jetzt das größte Abschiebegefängnis bundesweit. Im MGER Knast sollen anders als im Gefängnis in Büren auch Haftplätze für Frauen geschaffen werden. ...

Vorwand für das 300 Mio. teure Unterfangen ist weiterhin der Anschlag in Solingen, bei dem im August 2024 drei Menschen ermordet wurden. Der Tatverdächtige sollte zuvor laut europäischer Dublin-Regelung nach Bulgarien abgeschoben

werden. Er befindet sich in Untersuchungshaft, wurde bisher aber strafrechtlich noch nicht angeklagt. Abschiebehaft, das Einsperren unschuldiger Menschen nur um sie des Landes zu verweisen, hätte diese Tat nicht verhindert. Dass die Zahl der Abschiebehaftplätze nichts mit Kriminalitätsprävention zu tun hat, beweisen neben dem normalen Menschenverstand auch die Auslastungszahlen von Büren. Zuletzt lagen diese bei rund 60%. ...

Doch die einzige Antwort der PolitikerInnen im NRW-Landtag auf diese fürchterliche Tat ist es, Abschiebungen auszuweiten. Diese Dynamik ist nicht neu. Rechte Ideen, von der AfD vorangetrieben, finden im gesamten Landesparlament Anklang und werden von „der Mitte“ umgesetzt. So werden als Konsequenz von Solingen mehr geflüchtete Menschen unter Generalverdacht gestellt und unschuldig in (Abschiebe-) Haft genommen. ...

Wir sind und bleiben solidarisch mit allen Menschen, die von Abschiebung und Abschiebehaft bedroht und betroffen sind. Wir stellen uns gegen Abschiebegefängnisse ... überall. Aktuell und in Zukunft.

Das Bündnis „Abschiebegefängnis verhindern – in Düsseldorf und überall“ veröffentlichte diesen Text am 26.1.2025; <https://abschiebegefängnis-verhindern.de/>. Zu dem Bündnis gehören u.a. das Komitee Grundrechte und Demokratie (Köln), Seebrücke Bochum und Köln, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. Die hier abgedruckte Erklärung wurde mitunterzeichnet u.a. von Flüchtlingsrat NRW, Ökumenisches Netzwerk Asyl in der Kirche in NRW e.V. und den Seebrücke-Gruppen Bonn, Dortmund, Gronau, Krefeld, Münster, Wuppertal.

Lesetipp

Volker Eichener

Demokratie – Porträt einer Staatsform der Freiheit und Gleichheit.

Entwicklung – Merkmale – Zukunft

Wiesbaden 2023, S. Marix Verlag, 340 S., ISBN: 978-3-7374-1213-1

Braucht es ein weiteres Buch über den Demokratiebegriff, ist darüber nicht schon ausreichend geschrieben und publiziert worden? In acht Kapiteln gelingt dem Sozial- und Politikwissenschaftler Volker Eichener eine Verknüpfung der historischen Genese und Weiterentwicklung demokratischer Staats- und Gesellschaftsformen mit brandheißen politischen Themen der Gegenwart. Er beschreibt Gefährdungen und Missbrauch der Demokratie durch Schwächungen wie machtvollen Lobbyismus, ungesteuerte mediale Einflussnahmen, Machtkonzentrationen durch Einflussnahme auf die Justiz wie bspw. in den USA unter Trump. Ein Kapitel widmet er den neu erstarkenden Autokratiebewegungen und analysiert bzw. typisiert deren Entstehungsformen und günstige gesellschaftliche Nährböden. Eicheners Anspruch beschränkt sich jedoch nicht auf eine reine Zustandsbeschreibung der, wie es analysiert, stark gefährdeten Demokratie in allen westlichen Staaten. Er schlägt einen Stresstest der demokratischen Institutionen vor, um Lücken des Systems schließen zu können. Beispielfhaft nennt er die jüngst entstandene Debatte über die Sicherheit des Wahlverfahrens von Richterinnen des Bundesverfassungsgerichtes. Eichener zeigt neue Wege und Strömungen auf, die auf eine positive Demokratieentwicklung Hoffnung machen durch neue, gesellschaftliche Willensbildungen wie Bürgerbeteiligungen oder demokratische digitale Foren, die dem aktuellen (und immer mehr gesellschaftlich unwidersprochenen) Populismus entgegenwirken können. Eine gut strukturierte, kenntnisreiche Lektüre, die zu Diskussionen und weiterem Engagement einlädt.

Marion Lillig

„Abschiebungshaft ist eine Haft ohne Straftat“

David Schütz

Gegen das Unrecht an den Fremden in der ZUE

Prophetische Rede des Amos angesichts der Ohnmacht der Zivilgesellschaft

Seit der Einrichtung sogenannter Zentraler Unterbringungs-Einrichtungen (ZUE) in NRW im Jahr 2018 setzt sich der Halterner Asylkreis intensiv mit den Folgen für Bewohner und Engagierte auseinander. Mit Fachbeiträgen, einem Theaterprojekt und vielfachen Appellen in die Politik hinein wies der Asylkreis unermüdlich darauf hin, dass das System der ZUE eine teuer erkaufte Maßnahme der Politik zur Verhinderung von Integration ist, die am Ende nicht einmal das populistische Ziel der beschleunigten Abschiebung erreicht, sondern nur eine aufwändige Verschiebung des notwendigen Integrationsprozesses auf Kosten der Menschenrechte der ZUE-Bewohner und des missbrauchten Engagements der Zivilgesellschaft bedeutet.

Nach sieben Jahren solcher intensiven Auseinandersetzung haben ehrenamtliche Flüchtlingshelfer in einem Bibliodrama⁽¹⁾ zum Buch des Propheten Amos gearbeitet – der wachsenden Ohnmacht gegenüber dem System der ZUE'n und ihrer dramatischen Folgen zum Trotz. Ein Auszug:

„Und AMOS sprach: Der HERR brüllt vom Zion her, / gegen das Unrecht an den Fremden lässt er seine Stimme erschallen. / Wegen der Verbrechen gegen die Bewohner der ZUE'n / und wegen der Verhöhnung der Flüchtlingshelfer klage ich die Machthaber, Politiker, Einrichtungsleitungen und Betreiber an: Ihr schmeißt Geld zum Fenster raus, um den Ausschluss des bürgerschaftlichen Engagements, das zur Stelle war, als Kommunen, Landes- und Bundesregierung in großer Bedrängnis waren, zu organisieren. / Vergessen ist Eure Rede von der Willkommenskultur. / Euer Geschwätz von Integrationsbemühungen ist von gestern. / Ihr gebt vor, die Gesellschaft vor Überforderung zu schützen und schürt doch nur die Angst des Volkes, das den Engagierten verhöhnende Vorwürfe macht: „Ihr seid schuld, dass so viele zu uns kommen.“, „Ihr gehört zur Abschiebeverhinderungsindustrie.“ / Die Hetze gegen die ehrenamtlich Engagierten in der Flüchtlingsarbeit ist unerträglich geworden. / Was ist Eure Sorge vor einem unkontrollierbaren Rechtsruck wert? / Seid Ihr nicht Mitläufer ohne Rückgrat, die den Rechten nur nachplappern, und den Gott Israels, der uns einst aus dem Sklavenhaus in Ägypten in die Freiheit der universalen Solidarität herausgeführt hat, vergessen haben? / In unsäglichen Gesprächskreisen mit Betreibern und Behörden müssen die Helfer um Erlaubnis feilschen, um Geflüchteten menschlich zu begegnen. / Zäune und Security, die jegliche Transparenz in sich verselbständigende Unterbringungssysteme verstellen, müssen mühsam überwunden werden. / Alleine lasst Ihr die Aufrechten, kauft Euch frei durch den Deal mit der Bezirksregierung von Eurer Verantwortung für die Menschen, die in Eurer Stadt abgeschirmt hinter dem Zaun leben. / Das Gewinnstreben von weltweit organisierten Betreiberfirmen auf Kosten der Bewohner und auf Kosten der Steuerzahler schreit zum Himmel. / Ihr biegt und schleift das Recht der Bewohner auf Privatsphäre, auf Beratung und Individualität, das Recht der Kinder auf Schulunterricht und zuckt mit den Schultern, wenn Ihr auf Eure Nächsten angesprochen werdet. / Ich bin

der HERR / Spruch des Herrn. / Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. / Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten und du sollst ihn lieben wie dich selbst. / Denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen. (...)“

⁽¹⁾ „Bibliodrama ist das inszenierte Abenteuer der Begegnung zwischen einer oder mehreren Personen mit einem biblischen Text.“, vgl. bibliodramagesellschaft.de

David Schütz, Jg. 1969, christl. Sozialarbeiter, kath. Theologe. Seit über 30 Jahren praktiziert er das Selbsthilfeverfahren Co-Counselling und Bibliodrama, um so Machtmissbrauchserfahrungen, wie sie Geflüchtete und ehrenamtlich Engagierte im/mit dem geschlossenen System der ZUE erleben, im Geist der Versöhnung psychodramatisch zu entlasten und zu verarbeiten. Vgl. auch „Zum Frieden befreit, Selbsthilfe durch Co-Counselling“, Willms/Risse, Münster, 3. Aufl. 2014.

Lesetipp

Kristina Milz und Anja Tuckermann (Hrsg.)

Todesursache: Flucht. Eine unvollständige Liste.

Berlin 2023, Verlag Hirnkost, 3. Aufl., 858 Seiten
Verhungert, verdurstet, ertrunken. Das Elend ist namenlos. Seit 2014 sind im Mittelmeer über 25.000 Menschen ums Leben gekommen bei dem Versuch, Europa auf der zentralen Mittelmeerroute zu erreichen; so schätzt die Internationale Organisation für Migration. Es gibt eine Aktion, die „Beim Namen nennen“ heißt. Diese Aktion macht sich die Mühe, die Namen der ertrunkenen Flüchtlinge zu recherchieren und/oder die wenigen Spuren ihres Schicksals ehrend festzuhalten. In einem Buch ist die Liste dieser belegten Fälle veröffentlicht. Die Europäische Union (und noch massiver und radikaler CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz) machen sich solche Mühe nicht. Sie mühen sich stattdessen, auch das Recht sterben zu lassen, auf das sich die Ertrunkenen hatten berufen wollen. Es gibt in der EU starke Tendenzen zu einer Trumpisierung, Salvinisierung und Orbánisierung der Asylpolitik. Die EU-Anstrengungen haben das Ziel, dem Asylrecht die Rechtsqualität und dem Flüchtling den Schutz in Europa zu nehmen. Fast alles, was in Brüssel unter der Überschrift „Reform“ der Flüchtlingspolitik betrieben wird, dient nicht der Verbesserung, sondern der Verschlechterung des gegenwärtigen Zustands, der schlimm genug ist. Er zwingt die Menschen, die Schutz suchen, dazu, ihr Leben zu riskieren. Dieses Buch setzt ihnen ein Denkmal.



Die neue KulturRevolution ist da!

Die kulturRevolution verbindet sowohl wissenschaftlich belastbare wie engagierte Diskursanalysen mit aktuellen Materialien zur angewandten Diskurstheorie, besonders im »Lexikon der Schlag- und Reizwörter« – im neuen Heft zum Beispiel: »Zumutung«, »Schwurbler«, »Verantwortung«, »Kippunkt«.

Näheres zu den 88 Schwerpunkten seit 1982 auf der Homepage zeitschrift-kulturrevolution.de.

Bestellungen unter vertrieb@kulturwest.de oder 02853 / 6040873

Einzelheft: 12 € / Doppelheft 24 € / Jahresabonnement 19,90 € (inkl. Versand)

Beatrix Ries

Meloni & Co externalisieren die Grenzen – wir transnationalisieren den Widerstand

Männer, Frauen und Kinder, wenn sie bei uns ankommen, Merzählen von grausamen Drangsalierungen schon an den Grenzen Europas. Geld, Handy und letzte Habseligkeiten werden geraubt, Vergewaltigungen auch durch das Personal der Grenzsicherung sind keine Einzelfälle. „Wir kommen in großer Not aus Kriegen, Diktaturen und dachten, in Europa wird alles besser!“ Und jenseits der Grenzen unterwegs flüchteten sie weiter in den Wäldern, versteckten sich vor den kreisenden Drohnen und verummten Männern, die ihnen mit Hunden nachjagen, mit Pistolen in die Luft feuern, sie verprügeln. Angst- und Schmerzensschreie verhallen ungehört.

Wir lesen seit einiger Zeit über die Diskussionen in der Europäischen Union, ob Asylverfahren in Drittstaaten durchgeführt werden sollten, außerhalb der EU: In Großbritannien und Dänemark heißt es „Uganda“; auch Albanien kam ins Gespräch. Edi Rama, Vorsitzender der Sozialistischen Partei und Albanien Regierungschef, hatte solche Auffanglager lange kategorisch abgelehnt; 2018 noch sagte er: „Verzweifelte Menschen sollte man nicht wie Giftmüll irgendwo abladen.“ (www.srf.ch/news/international/asylverfahren-im-drittstaat)



So kam für die albanische Öffentlichkeit das Projekt überraschend: Giorgia Meloni hat ihn umgestimmt, sie ist seit Herbst 2022 Ministerpräsidentin in Italien, Vorsitzende der als postfaschistisch klassifizierten Partei Fratelli d'Italia (FdI); politisch wird sie als rechtsextrem eingestuft ([wikipedia.org](https://www.wikipedia.org)). Im November 2023 unterzeichneten Meloni und Rama eine Absichtserklärung zur Errichtung von zwei Auffanglagern in Albanien, in denen im Mittelmeer gerettete Flüchtlinge untergebracht werden sollen, bis ihre Asylanträge geprüft sind.

Meloni ließ ab 2023 ein Lager in Nord-Albanien bauen, in Gjader, erreichbar über den Hafen Shengjin. Kosten: ca. 1 Milliarde Euro, jährliche Betriebskosten ca. 200 Millionen Euro. Dieses Lager steht unter der Hoheit Italiens, liegt aber außerhalb der Grenzen Italiens und der EU. Die im Lager Beschäftigten erhalten attraktive Gehaltszuschläge. Jeder Mensch, der auf dem Weg nach Italien aufgegriffen oder als nicht registrierter Flüchtling in Italien eingefangen wird, soll dorthin gebracht und in diesem Außenlager überprüft werden; wenn es dabei keine Bleibeperspektive gibt, soll sofort ausgewiesen werden.

Dieses Projekt stößt bei Maßgeblichen in der EU auf wohlwollendes Interesse. Bisher dreimal haben italienische Behörden Geflüchtete dorthin verschifft: Aber bisher dreimal haben daraufhin italienische Gerichte entschieden, dass nach geltendem Recht in Italien und der EU die dort Eingelagerten wieder nach Italien zurück gebracht werden mussten; sie kamen in Süditalien in Flüchtlingslager.

Es geht rechtlich um die Frage, welche Herkunftsländer als „sicher“ gelten und von wem das beurteilt wird. Der Europäische Gerichtshof hat am 4.10.2024 entschieden, sichere Grenzen gelten nur, wenn für jeden im gesamten jeweiligen Staatsgebiet Rechtssicherheit gegeben sei. – Meloni & Co hoffen nun, dass nach dem in der Europäischen Union 2024 beschlossenen neuen Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS), welches in 2026 in Kraft treten soll, die Kriterien für „sicher“ enger gefasst werden und damit Abschiebungen und Ausweisungen auch rechtlich leichter möglich seien. – In Albanien gab es Proteste von Menschenrechts-Aktiven am Hafen von Shengjin und in Tirana am Regierungssitz, vor der italienischen Botschaft und am Europahaus. Albanische Bewohner der Region berichten, sie seien nicht gefragt worden, ob das Lager erwünscht sei, aber man müsse Menschen in Not doch helfen.

Und: Giorgia Meloni hat ein Migrationsabkommen mit dem diktatorisch regierten Tunesien geschlossen – dort gemeinsam mit der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen. Dort stranden Tausende auf ihrer Flucht aus Afrika und ihrem Weg nach Europa; ihre fürchterliche Behandlung

in Tunesien ist hierzulande sattsam bekannt.

Gegen das Meloni-Rama-Abkommen fordern die menschenrechtlich Aktiven (It. Melting Pot Europa 3.12.24; weitere Infos: againstmigrantdetention@gmail.com):

- Rücknahme des Meloni-Rama Abkommens
- Schluss mit dem Geschäftszweig „Detention Industry“ („Lager-Industrie“) und die dort gegebenen Verletzungen der Menschenrechte (vgl. hierzulande den Geschäftszweig ZUE – besonders von European Homecare/SERCO global tätig in Rüstung und Migration, (*AMOS berichtete wiederholt und in diesem Heft S.13*)).
- Aufbau einer transnationalen und trans-europäischen Bewegung für die universelle Freiheit sich zu bewegen
- weitere Entwicklung von Netzwerken auch in Länder jenseits Europas – im Widerstand gegen die Externalisierung des Problems in Länder jenseits der EU.

Bei diesen Forderungen geht es im Blick auf die Flüchtlinge um „Respekt, Würde, Selbstbestimmung, wirkliche Lebensperspektiven“, im Blick auf das politische Thema Migration um „eine entschiedene Demokratisierung“ und im Blick auf die kleineren Staaten in Europa darum, dem „neo-kolonialen Zwang zu widerstehen, der auferlegt wird als Bedingung, an der europäischen Integration teilzunehmen und wirtschaftliche Hilfen zu bekommen“.

Beatrix Ries lebt in Marl, seit 2014 ehrenamtliche Begleiterin von Flüchtlingen, auch im Kirchenasyl.

Benedikt Kern / Joke Jesinghaus

Bulgarien: Die organisierte Perspektivlosigkeit für Geflüchtete

Die Debatte über Migration, Grenzverteidigung und Grundrechtskürzungen für Geflüchtete verschärft sich immer mehr und die Forderung nach „konsequenten Abschiebungen“ erfährt so gut wie keine Gegenwehr. Umso wichtiger ist es, Menschen vor Abschiebungen in Länder, in denen sie inhumane Behandlung und Perspektivlosigkeit erwartet, zu schützen.

Derzeit erreichen uns täglich Anfragen von Geflüchteten auf der Suche nach Kirchenasyl, um eine Abschiebung nach Bulgarien zu verhindern. Viele dieser Menschen wurden dort inhaftiert, misshandelt und befürchten bei einer Rückkehr die absolute Perspektivlosigkeit.

Im September 2024 unternahmen wir mit anderen Kirchenasylexpert:innen eine Recherche, um uns ein Bild von der Situation Geflüchteter zu machen, die eine Dublin-Abschiebung nach Bulgarien erfahren haben. Ein ausführlicher Recherchebericht wurde Ende Januar 2025 in Berlin vorgestellt und ist abrufbar unter: www.kirchenasyl-nrw.de.

Zehn Tage lang waren wir in der Hauptstadt Sofia und in Harmanli (nahe der türkischen Grenze), wo sich das größte Lager des Landes befindet, und haben mit NGOs und Behörden und Geflüchteten gesprochen. Unser Fokus lag hierbei auf der Situation für Dublin-Rückkehrer:innen sowie auf der Lebenssituation und Perspektiven in Bulgarien für abgelehnte und anerkannte Geflüchtete.

Die Ergebnisse unserer Recherchen sind erschütternd. Zu kritisieren sind aber nicht nur die bulgarischen Behörden, da diese letztlich im Interesse der EU mit dem Außengrenzschutz-Management befasst sind. In erster Linie gilt unsere Kritik den Entscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und den deutschen Verwaltungsgerichten, die vor der strukturell entwürdigenden Behandlung von Dublin-Rückkehrer:innen in Bulgarien aktiv die Augen verschließen.

Mangelernährung, Krätze, Disziplinierung

Wer in einem bulgarischen Aufnahmezentrum untergebracht wird, muss mit miserablen Bedingungen zurechtkommen. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln ist schlecht, viele Bewohner:innen klagen über Mangelernährung und im Lager in Harmanli ist kein trinkbares Leitungswasser vorhanden.

Die sanitären Anlagen und Schlafsäle sind verdreckt und baufällig. Die Bewohner:innen leiden unter Bettwanzen und Krätze sowie den dadurch verursachten Entzündungen, die kaum behandelt werden, da die medizinische Versorgung im Lager keine ausreichenden Kapazitäten bietet.

Notdürftig aufgefangen wird all dies von zwei Hilfsorganisationen, die außerhalb des Lagers in einem Park Essen, sauberes Wasser und Medikamente verteilen und Erkrankungen behandeln.

Viele der in Harmanli lebenden Geflüchteten werden außerdem wegen ausstehender Schulden an die Fluchthelfer:innen

innerhalb der Lager bedroht. Entwürdigende Gewalt durch das Sicherheitspersonal wird als Disziplinierungsmittel eingesetzt.

Türsteher für die Festung Europa

Am 270 km langen Grenzzaun zur Türkei kommt es zu massiver Gewalt gegen Geflüchtete, die oft brutale Pushbacks erfahren. Allein im Jahr 2023 gab es über 50 Todesfälle.

Nach der Einreise werden alle Geflüchtete zunächst gewaltsam und unter entmenslichenden Bedingungen inhaftiert und erst nach der Registrierung in ein offenes Aufnahmezentrum verlegt.

Obwohl Bulgarien offiziell die Position vertritt, die Dublin-Regelung durchzusetzen und gutzuheißen, um so die Mitgliedschaft im Schengenraum zu erwirken, zeigt die Regierung kein Interesse daran, die geflüchteten Menschen zu integrieren.



Zero-Integration-Policy

Nach der Zuerkennung eines Schutzstatus geraten die meisten Menschen aufgrund hoher bürokratischer Hürden in prekäre Wohnverhältnisse oder sind obdachlos. Ohne Meldeadresse gibt es jedoch keinen festen Arbeitsvertrag und keinen Personalausweis. Auch der Krankenversicherungsschutz ist quasi unmöglich, da Arztpraxen wegen der hohen Fluktuation von Migrant:innen diese nicht als Neupatient:innen aufnehmen. Viele Migrant:innen können außerdem nur informelle Arbeitsverhältnisse unter schlechten Arbeitsbedingungen, Tagesanstellungen, hoher Unfallgefahr und Unterbezahlung eingehen, da sie meist kein Bankkonto eröffnen können.

Diese staatlich verordnete Perspektivlosigkeit führt dazu, dass viele ohne Ausweg in einer verzweiferten Lage steckenbleiben.

Fazit

In deutschen BAMF-Bescheiden oder Gerichtsentscheidungen ist oft von einem grundsätzlichen Zugang Geflüchteter zu Unterkunft, Gesundheitsversorgung, Arbeit, Rechtsmitteln, Bildung etc. die Rede, weshalb Dublin-Überstellungen nach Bulgarien bedenkenlos möglich seien. Unsere Recherche belegt, dass dies die Tatsache ignoriert, dass der Zugang zu diesen Grundrechten faktisch nicht gegeben ist. Viele Begegnungen mit Betroffenen von dieser Entrechtungspraxis haben uns dies sehr deutlich vor Augen geführt. Abschiebungen nach Bulgarien führen Menschen in die Verelendung und müssen beendet werden.

Benedikt Kern, Institut für Theologie und Politik (Münster) und Joke Jesinghaus, Ökumenisches Netzwerk Asyl in der Kirche NRW (Köln)

Jürgen Klute

Die Migrationspolitik der EU als Spiegel der politischen Entwicklungen in ihren Mitgliedsstaaten

Das Europäische Parlament (EP) stellt klare Forderungen an den Rat der EU in Bezug auf eine Reform der EU-Flüchtlingspolitik. Die Rettung schiffbrüchiger Flüchtlinge solle zu einer Kernaufgabe der Grenzüberwachung gemacht werden. In die Neuverordnung für gemeinsame Frontex-Einsätze auf See sollen verbindliche Regeln zur Seenotrettung aufgenommen werden. Alle europäischen und nationalen Gesetze, die die Rettung von Flüchtlingen in Seenot unter Strafe stellen, sollen reformiert werden. Weiterhin werden Verfahren für eine gerechte und proportionale Verteilung von Flüchtlingen auf alle EU-Mitgliedsstaaten eingefordert, um die südeuropäischen Staaten zu entlasten. Auch sollen Flüchtlinge nicht mehr in Aufnahmeländer zurück geschickt werden dürfen, wenn deren Asylsystem überlastet ist. Darüber hinaus fordert das EP einen fairen Zugang zum europäischen Asylsystem und die Entwicklung legaler Zugangsmöglichkeiten im Rahmen der Migration von Arbeitskräften.

Wer die migrationspolitischen Debatten auf EU-Ebene in 2024 verfolgt hat, wird sich angesichts dieser Forderungen die Augen reiben und sich fragen, ob er etwas verschlafen hat. Die einleitenden Sätze beschreiben tatsächlich Forderungen des EP – aber nicht aus dem Jahr 2024, sondern aus einer Resolution, die am 23.10.2013 mit großer Mehrheit vom EP angenommen wurde (https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-7-2013-0448_DE.html) – drei Wochen nach dem Untergang eines Flüchtlingsbootes vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa, bei dem 360 Menschen ertranken.

Ein Jahr später, am 2.10.2014, einen Tag vor dem 1. Jahrestag der Flüchtlingstragödie vor Lampedusa, veröffentlichte die damalige EU-Innen-Kommissarin Cecilia Malmström eine Stellungnahme, in der sie erklärte: „Die Bilder von Lampedusa sind noch immer in meinem Kopf. Sie sind eine schreckliche Erinnerung daran, dass wir danach streben müssen, dass Europa offen bleibt für jene, die Schutz suchen.“ und weiter: „Ich will sehr klar sein – wenn es um die Aufnahme von Flüchtlingen geht, ist die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten noch weitgehend inexistent. Das ist wahrscheinlich die größte Herausforderung für die Zukunft.“

Thomas Häntsch

Eine mächtige Festung ist Ausdruck minderen Vertrauens.
Brüssel ist der Burghof der Festung Europa.
Die Festung Europa braucht dringend Burgfrieden.
Europa - auf dem Weg vom Palais zur Festung.

Anfang 2025 muss man sagen: Die EU ist der von Malmström skizzierten Herausforderung nicht gerecht geworden – weder im Blick auf die Solidarität unter den EU-Mitgliedsstaaten noch im Blick auf Flüchtlinge.

11 Jahre nach der Flüchtlingstragödie vor Lampedusa ertrinken noch immer Tausende von Migranten im Mittelmeer.

Die EU akzeptiert illegale Pushbacks. Sie finanziert nordafrikanische Staaten dafür, dass sie Migranten an der Überfahrt nach Europa hindern – unter Inkaufnahme massiver Menschenrechtsverletzungen. Auffanglager für Asylsuchende sollen auch außerhalb der EU errichtet werden – man will möglichst verhindern, dass Asylsuchende EU-Territorium betreten.

Ganz vorne dabei die deutsche Bundesregierung unter SPD-Führung: Sie stützt eine Verschärfung der EU-Migrationspolitik und führt rechtswidrig Grenzkontrollen zur Abwehr von Migranten ein und setzt damit AfD-Forderungen um – gegen massiven Protest aus Luxemburg. Statt gemäß ihres Amtseides Rechtsstaat und Menschenrechte zu verteidigen, spalten Regierungen mit solchem Vorgehen Gesellschaften, indem sie verschiedene gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausspielen, statt Konflikte zu deeskalieren und aufzulösen, wie es der niederländische Schriftsteller Ilja L. Pfeijffer kürzlich in seinem Essay „So läuft es, wenn die Rechtsextremen die Regierung eines Landes übernehmen“ präzise analysierte (<https://europa.blog/de/so-laeuft-es-wenn-die-rechtsextremen-die-regierung-eines-landes-bestimmen/>). Nur Spanien macht derzeit eine Ausnahme und kehrt bezüglich der Arbeitsmigration in begrenztem Umfang zum Modell der zirkulären Migration zurück – was im Blick auf Arbeitsmigration eine sinnvolle Lösung ist.

Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen?

Die Europäische Union ist ein Spiegel ihrer Mitgliedsländer. Mit einiger Zeitverzögerung kommt der Rechtsruck in den Mitgliedsländern auch in Brüssel und Straßburg an. Die Anzahl rechtsextremer Regierungen im Rat der EU hat zugenommen – sie nominieren die EU-Kommissionskandidatinnen, die dann vom EP gewählt werden. Seit der Europawahl im Juni 2024 sind deutlich mehr rechtsextreme Abgeordnete im EP vertreten als je zuvor. Die deutschen MdEP werden von ihren Parteien und Regierungsmitgliedern gedrängt, für eine stärkere Abschottung der EU zu stimmen – in der Hoffnung, der AfD damit Stimmen abzugeben, obgleich es wissenschaftlich ausreichend belegt ist, dass diese Strategie rechte Parteien stärkt.

Erst wenn es der gesellschaftlichen Linken in den Mitgliedsstaaten wieder gelingt, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat als selbstverständliche und unhinterfragbare Grundlagen eines friedlichen gesellschaftlichen Zusammenlebens und eines menschenwürdigen Lebens für jeden und jede konsensfähig zu machen, wird sich die EU-Migrationspolitik erneut in die Richtung entwickeln, die das EP vor 11 Jahren forderte.

Jürgen Klute ist Mitglied des AMOS-Redaktionskreises, Pfarrer i.R. und war von 2009 bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments. Zudem ist er Kolumnist der kurdischen Zeitung Media News und seit 2024 übersetzt er die regelmäßig in der belgischen Zeitung De Morgen erscheinenden politischen Kolumnen des niederländischen Schriftstellers Ilja Leonard Pfeijffer ins Deutsche.

Manfred Michael Schwirske

Überlegungen zum asylpolitischen Paradigmenwechsel der EU

Um das Recht auf Asyl steht es schlecht, die Asylpraxis ist eine menschenrechtswidrige. Asyl wandelte sich zu einem Lotteriespiel, das nur wenige Gewinner kennt. Regelmäßig warten auf Asylsuchende Internierungslager, Drangsalierung, Entwürdigung, Prekarisierung. Nicht selten stehen am Ende Verzweiflung und mentale Depression, Knast, Abschiebung, oft ein zermürbendes Leben in Kettenduldung. Der Traum vieler von Sicherheit, Arbeit und einem besseren Leben zerplatzt für die meisten Flüchtlinge wie eine Seifenblase. Schlimmer, bereits vor den Toren Europas endet Flucht in der Wüste Afrikas oder im Mittelmeer für Tausende Flüchtlinge tödlich. Seenotrettung wird kriminalisiert. Asylrecht ist zur Falle geworden und zur Farce.

Europa ist nicht bereit, diese Pervertierung von Menschenrechten zu beenden. Im Gegenteil, ein EU-Staat nach dem anderen fällt in die Hände rechtsextremer Parteien. Kritik prallt ab, der Ruf nach Humanität trifft auf taube Ohren. Asylarbeit ist marginalisiert, zivilgesellschaftliche Hilfen sind unerwünscht. Immer vergeblicher arbeiten sich Flüchtlingshelfer an wenigen Einzelfällen ab. Die Welle der Hilfsbereitschaft der euphorischen „Willkommenskultur“ ebte schnell ab. Politik ließ es an Unterstützung fehlen, vielmehr: der Bundestag verschärfte die Asylgesetzgebung in schneller Taktfolge.

Nicht ausgeblendet oder geleugnet werden darf aber der gesellschaftliche und politische Kontext: Zuwanderung konfrontiert Helfer und Menschen in ihrem Alltag mit enormen Herausforderungen, verursacht Probleme, überfordert die kommunalen Verwaltungen, überfordert auch soziale Einrichtungen, vor allem die Kitas und Schulen. Mit dramatischen Folgen: die Integration von Flüchtlingen gelingt bestenfalls ansatzweise. Arbeit finden Flüchtlinge überwiegend in den prekarierten Sektoren des Arbeitsmarkts und in der Schattenökonomie.

Angesichts dessen ruft inzwischen mehr als die Hälfte der Gesellschaft nach konsequenter Migrationsbegrenzung. Nur eine Minderheit folgt dem nicht. Die Problemwahrnehmung beruhe auf rassistischen und fremdenfeindlichen Vorurteilen, sei Folge des von Rechtsextremen, den Sozialen Medien und von Teilen der Medien geschürten Hasses und von Hetze. Diese Minderheit erklärt reale Defizite der Integration mit mangelndem Willen und Engagement der politisch Verantwortlichen. Was auch immer Gründe sind, das politische System steht unter massivem Druck. Die rechten und rechtsextremen Parteien haben Oberwasser. Dabei ist Deutschland noch eine Insel, umgeben von flüchtlingsfeindlichen Regierungen fast überall in Europa.

Dass es so nicht weitergehen kann, ist längst Konsens unter der Mehrheit der Regierenden in der EU. Vor allem aber auch in der Mehrheit der Gesellschaft. Wir wissen: seit Jahren schon folgt das Asylregime der EU einer Polizei- und Militärlogik: an der Peripherie Europas in der militärischen Exeku-

tivgewalt von Frontex (seit 2004, unter Mandatserweiterung seit 2015), hierzulande im Regime der Internierungslager und Abschiebeknäste, im rigiden Ordnungsvollzug der Ausländerämter. Ein neues Paradigma untergräbt und ersetzt das humanitäre Asylregime der Nachkriegszeit. Formuliertes Ziel ist eine vollständige Kontrolle der EU-Außengrenzen, der Plan heißt *Festung Europa*.

Das Asylregime der Nachkriegszeit ist passé. Als Menschenrechtler bleibt uns nur, dies zur Kenntnis zu nehmen. Die Herausforderung: die Verteidigung des Grundrechts auf Asyl, unter dem neuen Paradigma. Statt längst verlorene Kämpfe zu führen und schlussendlich zu resignieren, braucht allerdings die Flüchtlingsbewegung Realismus und Ideen, um der Idee der Verteidigung des Menschenrechts auf Asyl zukünftig gerecht werden zu können.

Folgt man dem Migrationssoziologen Gerald Knaus, dann liegt die Problemlösung in der Etablierung eines neuen Asylregimes. Wer flieht und Asyl finden will, soll sein Asylverfahren in einem System von Lagern jenseits der Grenzen der EU durchlaufen. Mit Auffangzentren, in denen Asylanträge gestellt und bearbeitet werden. Mit Lagern und Logistik, mit neuen Behörden, mit anderen, sicherlich dramatisch verkürzten Rechtsverfahren und kurzen Aufenthaltszeiten.

Knaus plädiert dringend dafür, Anforderungen, Restriktionen und Chancen von Asylarbeit unter den beschriebenen, völlig veränderten Bedingungen pragmatisch zu durchdenken. Flüchtlinge haben Anspruch auf eine menschenwürdige Behandlung, auf Menschenrechte, auf Hilfen bei der Rechtsdurchsetzung. Die rechten politischen Regimes in der EU werden das nicht leisten. Flüchtlinge sind auf den Einsatz der Zivilgesellschaft angewiesen. Unter den neuen Bedingungen mehr denn je.

gesehen am 28.02.2025: in Bremen
Ecke Osterstr./Friedrich-Ebert-Str.



Manfred Michael Schwirske, geb. 1953, Ingenieur und Soziologe. Langjährig zivilgesellschaftlich und politisch aktiv in der Arbeit für Flüchtlinge. Seit 1996 auch mit Fragen von Strafrecht und Psychiatriereform befasst, u.a. als Mitglied im FA Forensik der DGSP. Einsatz gegen Demokratieabbau und Rechtsextremismus in der VVN/BdA.

Lesetipp dazu:

Gerald Knaus
Welche Grenzen brauchen wir? Zwischen Empathie und Angst – Flucht, Migration und die Zukunft von Asyl | Wie eine humane Migrations- und Asylpolitik gelingen kann
2023, Piper Verlag, 368 Seiten, ISBN 9783492320276

Rolf Euler

Menschenort 63 im Skulpturengarten von Judith Hupel bei Blumenthal 7

Da gibt es diesen denkmalgeschützten Schacht 7 der ehemaligen Zeche General Blumenthal in Recklinghausen. Der Eingang sieht noch so aus, wie ich ihn bei meiner ersten Schicht kannte. Und da gibt es einen Verein, der diese Gebäude für neue Zwecke als „Mitmachzeche“ herrichtet. Und da gibt es eine Künstlerin, die diesen Schacht als Möglichkeit entdeckte. So entstand 2023 der Skulpturengarten von Judith Hupel, im April letzten Jahres mit einer Feier eröffnet.



Judith Hupel lebt seit mehr als fünf- und zwanzig Jahren im Ruhrgebiet und hatte ein gemeinsames Atelier mit anderen Künstlerinnen in Recklinghausen. Ihr Schwerpunkt: Bildhauerei mit Gestein aus

dem Steinbruch bei Anröchte. Dort holt sie Bruchstücke, die unter anderem zu „Gartenwächter“-Stelen wurden, denen sie Gesichter meißelte.

Sie wollte aber gerne mehr öffentliche Wirksamkeit, wollte gern in die Natur und nicht ins Museum. Dazu der Wunsch, nach den Einschränkungen durch Corona anders weiterzuarbeiten. Die „Mitmachzeche“ Schacht 7 als Ort der Begegnung und Kreativität kam da gerade recht. Der Verein gab ihr vor dem Eingangsbereich ein überwuchertes Terrain, wo sie die Freiheit bekam „zu machen“!

Und sie „machte“ mit vielen Helfern! Spaß beim Abräumen der Brennesseln und Brombeeren. Anpacken um Wege und Beete zu schaffen. Aufbau einer geräumigen offenen Halle für Treffen und Schulungen. Es entstand ein neuer Zugang und damit ein ganz neuer Blick auf das Bergwerk.

Judith Hupel, die aus Hessen stammend vorher keinen Bezug zum Bergbau hatte, aber spätestens 2010 auf Zollverein eine Faszination erfuhr, lernte so einen fast vergangenen Kernbereich des Ruhrgebiets mit eigenen Händen erfassen. Was sich bei unserem Gespräch herauschälte war schon eine Gemeinsamkeit: Steine bearbeiten zu müssen – jedoch hier schwere Gedingearbeit mit Abbauhammer und Technik, dort mit Handhammer und Meißel, Schleifstein und Schmirgel eine freie kreative Tätigkeit. Fossilienfunde als Zugabe, selten auf Blumenthal unter Tage, öfter für Judith Hupel im Steinbruch in Anröchte.

Beim Ab- und Aufräumen des zukünftigen Gartens kamen Steine zum Vorschein, die Judith Hupel neu gruppierte, kam

eine abwärts führende Treppe „ans Licht“, die zu einem unbekanntem Keller führt, jetzt eingegrenzt als Teil des Skulpturengartens. Ihre „Gartenwächter“, die Köpfe aus Beton und weitere aus mehreren Materialien gebaute Skulpturen bevölkern Beete und Flächen. Jetzt im Winter noch ohne viele Farben, werden zum Frühjahr nicht nur Kurse in Bildhauerei, sondern auch Pflanzen und Blumen den Platz und die Halle bereichern.

Die Jugendkunstschule von früher soll hier weitergehen. Weitere Projekte etwa mit dem Max-Born-Berufskolleg zu Fotoarbeiten, Kunst- und Natur-Kurse für Grundschüler, Einbindung von Menschen sind die Pläne der Künstlerin.

Bisher hat sie aus dem Förderetat für die freie Kunstszene der Stadt Recklinghausen Möglichkeiten für solche Projekte bekommen, das soll weiterlaufen.

So entstand vor dem Eingang des alten „Pütts“, dessen Innenleben unter anderem von den Ruhrfestspielen und anderen Künstlern schon bespielt wurde, ein Skulpturengarten als weiterer Ort der Begegnung. Im Garten haben sich mehrere andere KünstlerInnen an der Gestaltung mit ihren Werken beteiligt.

Judith Hupel ist vor kurzem umgezogen: direkt gegenüber der Einfahrt zum Schacht gab es zufällig eine freie Wohnung in einem der Bergbauhäuser, die Möglichkeit der kurzen Wege zu Garten und Initiativen, zur vielfältigen Zusammenarbeit mit dem Verein zum Erhalt der Zeche. Judith sagt: „Kommt und schaut – am Westcharweg in Recklinghausen.“

Rolf Euler, Bergbau-Rentner, lebt in Recklinghausen und ist schon lange im AMOS aktiv. Kontakt zu J. Hupel: www.judith-hupel.de

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von 20,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 20,- € liegt bei
- Überweisung über 20,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl,
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
 BIC: WELADED1BOC

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Warsito Ellwein

Demokratisierung Indonesiens und die globale Mittelklasse

ZWURF

Indonesien ist das viert-bevölkerungsreichste und das größte islamische Land der Welt. In der Ära des Diktators Suharto wurde es oft als „schlafender Riese“ bezeichnet. Einen tieferen Einblick in die politische Entwicklung des Landes – im globalen Kontext – gibt es im „Iwurf“ 2025. In den folgenden Heften:

- *Internationale Solidarität und Bewegung von unten: Aufbruch in die Demokratie*
- *Reformen in Indonesien: zwischen eigenem Weg und globalen Herausforderungen*
- *Der Blick nach vorne – im internationalen Kontext*

Nachdem mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs viele Länder ihre Unabhängigkeit erlangt hatten, markierte der Fall der Berliner Mauer einen zweiten Wendepunkt mit tiefgreifenden Auswirkungen auf globale Entwicklungen: auf Veränderungen von Wissenschaft und Technologie im Zusammenhang mit den Werten und Strukturen der einzelnen Gesellschaften, auf die Beziehungen zwischen Volk und Staat, auf die Wirtschaft sowie auf soziale Bewegungen und Umwelt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des ehemaligen Jugoslawiens forderten die Menschen vieler Länder den Sturz autoritärer Regierungen und eine Beteiligung der Bevölkerung am politischen Geschehen und der Ausrichtung staatlicher Entwicklung – z.B. in Südamerika, in Südostasien und in den nordafrikanischen Frühlingsrevolutionen.

Hauptgewinner der Globalisierung war das Großkapital, das seine Aktivitäten in fast allen Ländern der Welt nahezu unbeschränkt ausüben kann. Heute konkurrieren die unabhängigen Staaten darum den Kapitaleignern sichere und komfortable Bedingungen für Investitionen in ihrem jeweiligen Land zu bieten. Wirtschaftliche Aktivitäten, die auf Wettbewerb und freien Märkten basieren, wachsen scheinbar unbegrenzt und bewirken eine Veränderung der Wohlstandsstruktur. In vielen Ländern wie China, Indien, einigen der neuen Länder in Zentralasien und den meisten ASEAN-Ländern ist das Wohlstandsniveau stark angestiegen.

In Indonesien gelang es 1998, neun Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, dank einer massiven und kontinuierlichen Massenbewegung, die autoritäre Regierung des langjährigen Diktators General Suharto zu stürzen. Allerdings waren die Aktivist_innen der verschiedenen sozialen Bewegungen, die lange auf diesen politischen Umschwung hingearbeitet hatten, sich nicht darüber einig, wie die junge Demokratie nun auszusehen habe: Viele, die nur Untergrundarbeit kannten, waren nicht bereit, sich auf die neue Staatsmacht einzulassen oder gar selbst politische Verantwortung zu übernehmen. Darüber hinaus fehlte es nach über dreißig Jahren Militärdiktatur schlichtweg an Wissen, wie ein Staat gestaltet und verwaltet werden sollte, der für soziale Gerechtigkeit sorgen und den Wohlstand, insbesondere für die armen und machtlosen kleinen Leute, erhöhen kann.

Auch Indonesien konnte mit dem Beginn größerer politischer Liberalität hohes Wirtschaftswachstum verzeichnen, das eine rasante Entwicklung der technischen und sozialen Infrastruktur – z.B. im Verkehrs- oder Gesundheitswesen –

zur Folge hatte. Während wirtschaftliches Wachstum in der Suharto-Zeit nur den Großunternehmern – häufig staatlichen Unternehmen – und einer kleinen Ober- und Mittelschicht zugutekam, wuchs in der Reformära sehr schnell eine neue, selbstbewusste und kaufkräftige Mittelklasse heran. Indonesien wurde zu einem prosperierenden Schwellenland. Das außergewöhnliche Wirtschaftswachstum und das Anwachsen der Mittelschicht sind jedoch konstant von ungelösten Problemen der sozialen Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung und Umweltschäden begleitet.

Die Reformen haben der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben, die Politik aktiv mitzubestimmen. Präsidentschafts-, Gouverneurs- und Bürgermeisterwahlen werden direkt und auch demokratisch durchgeführt. Jedoch sind die meisten Indonesier_innen immer noch arm und haben einen niedrigen Bildungsstandard. Dies nutzen Politiker_innen aus, die mit allen Mitteln an die Macht kommen wollen: durch Geldgeschenke und Nahrungsmittelhilfen, aber auch durch Einschüchterungsmaßnahmen und leere Wahlkampfversprechungen. Mit anderen Worten, die Demokratie wird benutzt, um an die Macht zu gelangen und sie dann zu untergraben. Jüngstes Beispiel dafür ist die letzte Präsidentschaftswahl 2024, in der sich der für seine Menschenrechtsverletzungen bekannte ehemalige General Prabowo Subianto u.a. gegen seinen ausgewiesenen demokratischen Mitbewerber Ganjar Pranowo durchsetzen konnte.

Wie sieht es nun mit den wichtigen Fragen von Solidarität, Menschenrechten, Geschlechtergerechtigkeit, von Selbstbestimmung, Umwelt und politischer Beteiligung aus? Auch sie sind in Indonesien zu Mainstream-Themen geworden, über die in Medien und Konferenzen diskutiert wird – allerdings nicht als Themen, die dazu dienen, die soziale Gerechtigkeit und die Lebensqualität für die Armen und Machtlosen zu verbessern. Nein, es ist die Mittelklasse, die sich diese Themen für die eigenen Bedarfe und den eigenen Nutzen angeeignet hat. So ist die Welt nicht mehr in eine hochentwickelte erste, eine entwickelte zweite und eine weniger entwickelte dritte Welt aufgeteilt: Sie ist zu einer Welt geworden, deren Fortschritte die Mittelschicht in vielen Ländern genießt, ohne dass die benachteiligten Bevölkerungsgruppen dauerhaft davon profitieren könnten.

Trotz unterschiedlicher Geschichte und Kultur sehe ich immer mehr Parallelen zwischen Indonesien und Europa sowie vielen anderen Ländern der Welt – nicht zuletzt auch, was die Benutzung demokratischer Spielregeln zur Zerstörung demokratischer Systeme betrifft.

Warsito Ellwein (Darstellung): früher aktiv in der damaligen Südostasien Informationsstelle Bochum/Essen und langjähriger Kämpfer für die demokratische Entwicklung in Indonesien, verantwortlich für mehrere NGOs. Derzeit Direktor der Agenda 45, einem zivilgesellschaftlichen Forum für die langfristige Entwicklungsplanung Indonesiens 2025–2045. Harriet Ellwein (Bearbeitung): ebenfalls Gründungs- und langjähriges Vorstandsmitglied der Südostasien Informationsstelle und fortwährend engagiert für Demokratie und gegen die Faschisten in Dortmund-Dorstfeld. Beide leben sowohl in Dortmund als auch in Semarang, Zentraljava.

Dr. Abdullah Ma'ruf – 08.02.2025

Die Annexion des Westjordanlands beginnt jetzt: Israels Gesetz gegen die palästinensische Souveränität

Die israelische Knesset verabschiedete kürzlich in ihrer vorläufigen Lesung ein Gesetz, das es Israelis ermöglicht, Land im Westjordanland zu besitzen, ohne dass eine Zustimmung der Armee erforderlich ist. Diese bedeutende Entwicklung blieb weitgehend unbemerkt, überschattet von einer Reihe anderer Ereignisse. Sie fiel zusammen mit der dritten Welle des Gefangenenaustauschs im Rahmen des Waffenstillstandsabkommens in Gaza, der Ankündigung des Martyriums des Stabschefs der Al-Qassam-Brigaden, Mohammad Deif, und anderen damit verbundenen Ereignissen.

In der Tat ist dieses Gesetz, das noch drei weitere Genehmigungsstufen erfordert, eines der gefährlichsten Gesetze, die die israelische Regierung heute über den parlamentarischen Arm der Siedlerbewegung, angeführt von Finanzminister Bezalel Smotrich und seiner religiösen Zionismus-Partei, in die Knesset zur Verabschiedung einbrachte. Wenn das Gesetz genehmigt wird, wird es große Auswirkungen auf den rechtlichen Status von Land im Westjordanland haben, was den Weg für die vollständige Annexion ebnet, wie es zuvor mit den Golanhöhen und Ostjerusalem geschehen war.

Jetzt macht das neue Gesetz einen bedeutenden Schritt, indem es das jordanische Gesetz von 1953 aufhebt, das Landverkäufe im Westjordanland an Siedler verboten hatte. Wenn das Gesetz verabschiedet wird, wird es den Siedlern erlauben, direkt Land im Westjordanland zu kaufen und zu registrieren, genau wie in Tel Aviv, Haifa oder einem der 1948 besetzten Gebiete, die die Welt als Teil Israels anerkennt.

Dieses Gesetz beseitigt effektiv die Autorität des israelischen Militärs über das Westjordanland und behandelt es als Teil Israels, genau wie die Gebiete von 1948. Mit anderen Worten, es eliminiert den Status des Westjordanlandes als besetztes Land. Es wird dann als Teil Israels gesehen.

Zur Lage Ende Februar 2025

GAZA: 48.297 Getötete – 14.000 Vermisste – 111.737 Verletzte ...

Die neue US-Israel-Connection will jetzt das ganze Gaza. Ob die arabischen Staaten dem widerstehen, ist offen ...

ISRAEL: Stiller Exodus vieler palästinensischer Israelis wegen der Unerträglichkeit des Lebens inmitten des rassistischen Hasses ...

WESTBANK: Der israelische Terror war schon immer staatlich geschützt. Jetzt folgt die offizielle Annexion und der Kauf des Landes ...

(uh)

Israel geht es nicht um das Völkerrecht oder sein Image vor der Welt. Dies stellt eine Veränderung in Israels Strategie im Umgang mit internationalen Institutionen dar. Es ist Teil eines umfassenderen Ansatzes der israelischen Regierung während des Gaza-Krieges. Dies bedeutet, dass es tun kann, was es will – besonders, da es nun unter der neuen Trump-Regierung, die mit der religiösen zionistischen Bewegung verbündet ist, sicher scheint vor der Rechenschaftspflicht. Dies

öffnet die Tür für die israelische Regierung, alle roten Linien in Palästina zu umgehen. Die bedeutendste und gefährlichste dieser roten Linien im Westjordanland ist der Prozess der Annexion des Westjordanlandes an Israel und so der Versuch, die Idee der Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung bzw. der ‚ethnischen Säuberung‘ des Westjordanlandes umzusetzen.

Das erste Land, das unter diesem Prozess leidet, wird Jordanien sein, das sich vor einem beispiellosen Sturm befinden wird, der es vollständig destabilisieren könnte. Dies ist nicht weit von Trumps früheren Forderungen an Jordanien und Ägypten, die Bevölkerung des Gazastreifens „zu akzeptieren“. In der Tat kann die Einbeziehung Jordaniens in diese Frage, trotz der geografischen Entfernung von Gaza, als vorläufiger Testballon für Jordanien angesehen werden, um die Vertreibung von Palästinensern aus dem Westjordanland zu akzeptieren – als Teil von Trumps Plan, gemeinsam mit der israelischen extremen Rechten, insbesondere der religiösen zionistischen Bewegung, die einen vertrauenswürdigen Verbündeten gefunden hat, die Palästina-Frage vollständig zu beenden.

So kann die Annahme dieses Gesetzes nur im Zusammenhang mit der geplanten kompletten Liquidierung der palästinensischen Sache verstanden werden. Die Palästinenser:innen und die arabischen Länder müssen auf die Gefahren dieser hektischen Bewegung achten.

Die israelische Rechtsextreme ist nicht nur eine andere Partei in der Knesset, sondern jetzt der eigentliche israelische Staat. Seine Bestrebungen sind nicht mehr auf sich selbst beschränkt. Es ist unmöglich, die Natur dieser neuen US-Regierung zu ignorieren oder die israelisch-amerikanischen rechten Ambitionen als bloße Träume zu behandeln, die vom Völkerrecht blockiert werden können. Auch die Trump-Regierung respektiert das Völkerrecht für Israel nicht.

Daher besteht die dringende Aufgabe darin, die zu erwartende Annexion durch reale, abschreckende politische Aktionen präventiv anzugehen, die über bloße Verurteilung und Ablehnung hinausreichen. Es muss echte Solidarität durch die Völker der Region geben und eine Veränderung in der Art und Weise, wie die palästinensische Frage von den gesamten arabischen Führungseinrichtungen angegangen wird.

Es ist kein Geheimnis mehr, dass hinter dem israelischen Projekt nicht nur der Versuch steht, palästinensisches Land zu verschlingen, sondern dass man sich jetzt auch berechtigt sieht, auf Kosten aller anderen zu expandieren.

Dr. Abdullah Ma'ruf, Autor im Team des Palestine Chronicle. Artikel gekürzt; der komplette Text und digitale Übersetzungen auf <https://www.palestinechronicle.com/israels-alarmed-move-the-annexation-of-the-west-bank-begins/>

TEXTE + TIPPS: <https://amos-ev.de/nahost-2025> und <https://amos-ev.de/lesetipps>

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet

ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Herausgeber: AMOS e. V., Marl

c/o Rolf Euler, Cäcilienhöhe 32, 45657 Recklinghausen

E-Mail: amos-ev@web.de

Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —



Neue Bücher für Kinder im Peter Hammer Verlag



Yvonne Hergane

Alle weg

Illustriert von Christiane Pieper

26 S., Pappe, ab 3

ISBN 978-3-7795-0764-2, € 14,-

Zum Mitzählen, Mitsprechen,
Mitsuchen



Jörg Bernardy

Das längste Picknick der Welt

Illustriert von Katja Spitzer

32 S., geb., ab 4

978-3-7795-0763-5, € 16,-

Bilderbuchabenteuer im
Schneckentempo



Gilles Bizouerne

Wolf Grau hat gute Laune

Illustriert von Ronan Badel

32 S., geb., ab 4

ISBN 978-3-7795-0775-8, € 16,-

Bilderbuch mit Slapstick-Humor



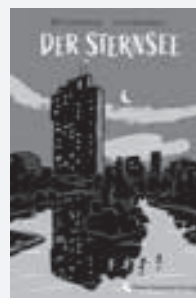
Doris Lecher

Hokus, Pokus, Oktopus

32 S., geb., ab 3

ISBN 978-3-7795-0765-9, € 18,-

Unterwassergeschichte zum
sehr genauen Hinschauen



Will Gmehling

Der Sternsee

Mit Illustrationen von Jens Rasmus

64 S., geb., ab 9

ISBN 978-3-7795-0766-6, € 14,-

Geschichte über Freundschaft, erste
Liebe und andere Sensationen



PETER HAMMER VERLAG

Mehr Infos zum Programm: www.peter-hammer-verlag.de